

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havlíčkovo nám. 32. (Einselpreis 70 Heller. Abonnementsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16.- Kč, Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag, vierteljährlich 48.- Kč, halbjährlich 96.- Kč, ganzjährig 192.- Kč. Für Deutschösterreich monatlich 120.- SK, für Deutschland 16.- Mk. Postsparkassafonto 57544. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Menschheitsforderungen und Kapitalinteresse.

Mit einer großen Sensation ist am letzten Samstag die Staatenkonferenz von Washington eröffnet worden. Präsident Harding's Eröffnungsrede war eine Apologie des Friedens und bedeutete eine solche Verneinung des Krieges, daß jeder, der sie zur Zeit des Weltkrieges in irgend einem der kriegsführenden Staaten ähnlich gehalten hätte, wegen pazifistischer und „defaitistischer“ Gesinnung zumindestens auf die schwarze Liste der Polizei gesetzt worden wäre. Und nicht genug daran, entwickelte der Staatssekretär Hughes unter größter Spannung auch das Programm sofortiger umfassender Beschränkungen der Seerüstungen Englands, Amerikas und Japans. Die Erfüllung dieses Programms würde die Streichung von 66 Großkampfschiffen aus den Listen der Kriegsschiffe dieser drei Staaten bedeuten, ein Programm, das wenn es ernst zu nehmen wäre, allerdings geeignet schien, die Menschheitsforderung nach Abrüstung der Welt um einen gewaltigen Schritt nach vorwärts zu bringen und die Hoffnungen der Völker auf dauernden Frieden gewaltig zu stärken. Aber dem, der gelernt hat die Friedensbetreibungen imperialistischer Machthaber richtig einzuschätzen, dem wird auch die tönende Aufmachung der Washingtoner Konferenz nur als das Erscheinen, was sie in Wirklichkeit ist: als ein echt amerikanischer Bluff!

Die Konferenz von Washington führt den Namen einer „Abrüstungskonferenz“. Hinter dem schönen Titel verbirgt sich aber die von Rassist, Länderjucht und Profitinteresse verzerrte Frage des Imperialismus der kapitalistischen Staaten, die zu dieser Konferenz ihre Vertreter entsendet haben, um über die Beute, die es in der Welt noch zu verteilen gibt, eine Einigung herbeizuführen. Und es ist nicht wenig, worum es diesmal geht; noch ist das ganze Programm der Konferenz nicht bekannt, aber schon der Umstand, daß ihre Dauer auf über einen Monat in Aussicht genommen ist, deutet den Umfang der zur Verhandlung stehenden Probleme an. In der Tat geht es um nichts geringeres, als um den Versuch einer friedlichen Abgrenzung der Machtphäre der großen weltkapitalistischen Staaten und um die einberühmliche gegenseitige Zuweisung neuen Machtbesitzes und neuen Ausplünderungsgebiete für den gefräßigen Kapitalismus.

Den Ausgangspunkt der Washingtoner Konferenz bildete die Frage der Erneuerung des vor etwa zwei Jahrzehnten abgeschlossenen Bündnisses zwischen England und Japan. Der Versuch, dieses Bündnis zu erneuern, das England einst abschloß, um damit Rußland in Asien im Schach zu halten, setzte England in Widerspruch nicht nur zur Amerika, sondern auch zu Englands eigenen Herrschaftsgebieten und deshalb, weil die Ausbreitungssucht des japanischen Kapitalismus und die Abwanderung großer Menschenströme aus Japan für die genannten Staaten eine wirtschaftliche Bedrohung bedingte. Der amerikanische Kapitalismus vermag infolge der zerrütteten Valutaverhältnisse in Europa den Ueberschuß seiner Produkte nicht mehr nach Europa zu exportieren und droht infolge von Ueberproduktion und Arbeitslosigkeit in seinem eigenen Fetz zu erstickten. Darum sucht Amerika für seine Waren, in Asien, vor allem in China, neue Absatzgebiete für seine Waren, doch es sieht dabei auf die Konkurrenz des japanischen Kapitalismus, dessen Verstär-

Der Aufstand in der Ukraine.

Wien, 14. November. Der ukrainische Pressedienst meldet aus Lemberg. Der allgemeine Angriff der ukrainischen Aufständischen gegen Kiew hat begonnen. Bei fasten, 60 Werst von Kiew, finden seit drei Tagen blutige Kämpfe zwischen Ukrainern und der 45. bolschewistischen Division statt, welche von Wladiwka zur Verteidigung Kiews abgegangen ist. Auf ukrainischer Seite kämpft die berühmte Führerin der Aufständischen im Kiewer Gouvernement Marusia Solotowska. Die Charkower Sowjetregierung hat über Kiew den Ver-

lagerungszustand verhängt. Zur Verteidigung Kiews wurde das dritte Kavalleriekorps von Charkow von Charkow in das Kiewer Gouvernement dirigiert.

Rückzug der Bolschewiken

Wien, 14. November. Der ukrainische Pressedienst meldet aus Lemberg: Hier erhält sich das bisher unbefähigte Gerücht, daß der bolschewistische Generalstab einen Befehl Trotzki's erhalten habe, die rechts des Dnjepr gelegene Ukraine zu räumen.

Phantastische monarchistische „Attentate“ in Wien.

Wien, 14. November. (Sonderbericht des „Sozialdemokrat“.) Vor einigen Tagen wurde die Wiener Polizeidirektion verständigt, daß von monarchistischer Seite Attentate gegen sozialdemokratische Abgeordnete, darunter gegen Dr. Adler, geplant seien. Einige Tage später wurde gegen Dr. Adler telephonisch eine Drohung von monarchistischer Seite gerichtet. Um dieselbe Zeit wurde auch bei der Druckerei des „Abend“ ein allerdings harmloses Attentat verübt und ein Feuerwerk im Kurpark des Stadtparkes abgebrannt. Heute hat die Polizei einen gewissen Oberleutnant namens Karl Purian und einen Seilergehilfen Kosch verhaftet und dem Landesgerichte eingeliefert. Außerdem wurde ein Dritter verhaftet, dessen

Namen die Polizei nicht kennt. Die drei stehen im dringenden Verdacht, an diesen Anschlägen beteiligt zu sein. Kosch hat außerdem am Anfang dieses Monats Aufrufe verteilt, in denen die Soldaten aufgefordert werden, zu den Ungarn überzugehen und die Republik zu stürzen. Er war es auch, der an den Abgeordneten Adler jene telephonische Drohung richtete. Die sozialdemokratischen Abgeordneten hatten die Drohungen nicht sehr ernst genommen. Es scheint aber doch, daß eine Reihe von monarchistischen phantastischen Plänen verfolgt wurden. Die drei Verhafteten hatten in einem Kaffeehaus auf dem Währinger Gürtel wiederholt Zusammenkünfte, wo sie über diese Pläne berieten.

Demission der ungarischen Regierung.

Horthy behält sich die Entscheidung vor.

Budapest, 14. November. Heute um 1 Uhr mittags erschien Ministerpräsident Graf Bethlen beim Reichsverweser und kündigte ihm die Demission der Regierung an. Der Reichsverweser behielt sich die Entscheidung vor und ersuchte die Regierung, die Geschäfte weiter zu führen. Der Ministerpräsident wird dem Reichsverweser bezüglich der in Angelegenheit der Regierungsbildung zu hörenden Minister Vorschläge machen.

Warum Bethlen demissioniert.

Budapest, 14. November. Zur Demission der Regierung melden die Blätter: Das Hauptziel des Ministerpräsidenten Grafen Bethlen sei, die Arbeitsschichtigkeit der Nationalversammlung wieder herzustellen, da durch die fortwährenden Reibungen und Gegensätze zwischen den beiden Regierungsparteien eine Geschäftsführung nahezu unmöglich sei. Die Demission seit erfolgt, um diese wichtigste aller innerpolitischen Angelegenheiten einer Lösung zuzuführen.

Es durch die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses fürchtet. Da nun England auf die Erneuerung des Bündnisses mit Japan großes Gewicht legt, um Japan als Bundesgenossen gegen Sowjetrußland verwenden zu können, setzt es sich mit den wirtschaftlichen Expansionsbestrebungen Amerikas in scharfen Gegensatz, was umso bedrohlicher ist, als auch sonst manche Gegensätze zwischen den Vereinigten Staaten und England bestehen. Diese Gegensätze haben zu einer ungeheueren Steigerung der Flottenrüstungen aller drei Großmächte geführt, was ebenso ihre gegenseitige Eifersucht wie ihr Mißtrauen zueinander außerordentlich vermehrte. Zu allem kommt die Frage der Verteilung gewisser für Amerika wichtiger Inseln im Stillen Ozean, die Verteilung der früher deutschen Kolonien und die Frage der Neuordnung der Ausbeute der Erdölvorräte, da Amerika seine weltbeherrschende Stellung auf dem Petroleummarkt bedroht sieht.

Die Aufgaben, die der Konferenz von Washington gestellt sind, stellen einen so ungeheueren Komplex dar, daß schon zeit-

ren. In politischen Kreisen nimmt man an, daß Graf Bethlen mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt werden wird. Er werde sich dann sofort mit den Führern der Parteien ins Einvernehmen setzen, um eine von ihm schon lange gewünschte einheitliche Regierung zu schaffen. Man glaubt, daß jedenfalls eine Rekonstruktion des Kabinetts erfolgen wird.

Ein Plan zur Befreiung der verhafteten Karlisten.

Wien, 14. November. (Sonderbericht des „Sozialdemokrat“.) Wie das Wiener ungarische Blatt „Magyar Ujsag“ erfährt, erschien am Samstag nachmittags bei der Budapestener Polizeidirektion ein junger Mann, der dort mitteilte, daß von den erwachenden Ungarn geplant sei, die verhafteten Karlisten gewaltsam zu befreien. Er erklärte, selbst Mitglied der „erwachenden Ungarn“ zu sein. Es sei beabsichtigt, die Gefängnisse zu stürmen und die Grafen Andrássy, Osztenburg, Sigray und Graf zu befreien.

lich ihre Bewältigung nicht möglich sein wird. Es geht um ungeheure Ländergebiete, um die Eröffnung der Möglichkeit der Ausbeutung ganzer reicher Erdrteile und riesiger Völkermassen. Der Versuch einer friedlichen Einigung wird kaum gelingen. Völkermörder Imperialismus und brutales Geschäftsinteresse des unersättlichen Kapitalismus verhalten sich notdürftig hinter der ausgehängten Draperie von Phrasen der Abrüstung und des ewigen Friedens.

Der kapitalistische Raubzug, der gegenwärtig in Washington vor sich geht, übt seine Wirkung auch auf die Geschicke des Proletariats der ganzen Welt. Dennoch muß das Proletariat in seinen Ländern, wo es zum Klassenbewußtsein erwacht ist, mit geballten Fäusten abseits stehen und vermag auch infolge seiner Zerrissenheit keinen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge zu nehmen. Es muß zusehen, wie in Washington mit Ländern und Völkern geschachert wird und wie von dort möglicherweise neue Kriegsgelohnen aufsteigen, neue Erschütterungen des Wirtschaftslebens hervorgehen.

Das Schulbudget.

Die Erziehung der Jugend schließt die Zukunft eines Volkes ein. Ganz anders und viel entscheidender gewiß als der Vorrat von Kriegsschiffen und Kanonen, von Granaten und Flugzeugen. Aber trotz dieser Selbstverständlichkeit tangieren in unseren noch immer militaristisch und machtpolitisch orientierten Republiken das Schulwesen weit hinter dem Secresbudget, die Tschechoslowakei wirkt für den Unterricht des kommenden Jahres 1922 und für die Armee 3118 Millionen Kronen aus, zu welchen bestimmt noch ein hübsches, in anderen Budgetsummen verstecktes Stückchen hinzukommt.

Mehr als 400 Millionen seiner Forderungen sah sich das Unterrichtsministerium „infolge der allgemein bekannten Situation der Staatsfinanzen“ zu streichen bemüht. Nirgends aber sind Striche unproduktiver als im Unterrichtsbudget, jede der ersparten Millionen wird von der nächsten Generation hundertfach gebüßt. Hier darf man von dem verantwortlichen Minister mindestens soviel Rückgrat verlangen wie vom Verteidigungsministerium, und wenn dieses über Nacht seine Milliarden aus der Erde hat stampfen können, so hätte wohl auch Herr Dr. Trobar im zähen Ringen seine halbe Milliarde auf Kosten der anderen, weniger dringenden Staatsausgaben aufzubringen vermocht. Und wenn schon Sparsamkeit durchaus nötig war, weshalb fälschlich dem das Unterrichtsbudget die 55 Millionen kirchlicher Ausgaben weiter? Warum wertet es die Religion nicht als das, was sie in einer wirklich „demokratischen Republik“ einzig und allein sein kann, als Privatsache, und weist deren Uebung und Kostenaufwand privaten Religionsgesellschaften zu?

Die so erübrigten 55 Millionen hätten einem Posten sehr wohl zustatten kommen dürfen, über welchen sich die Budgetjünger, der Referent Dr. Zichko und der Minister Dr. Trobar gleich gründlich ausgesprochen haben, der Schulreform. Dr. Trobar erwähnte eben gerade noch eine Enquete über die Lehrerbildung und pädagogischer Versuche an zwei Mittelschulen, aber das war auch schon alles. Das bettelarme Teutischösterreich leistet sich, von Glöckel auf die Bahn gewiesen, Staatserziehungsanstalten, in welchen die fähigsten Kinder aller Klassen geliebet, bestrebt, erzogen und unterrichtet werden, stellt ihnen geräumige Gebäude und weite Parkanlagen zur Verfügung, in welchen das Ideal einer Arbeits- und Lebensschule seiner Verwirklichung entgegengeht. Die verhältnismäßig reiche Tschechoslowakei aber — probiert Lehrpläne aus und veranstaltet Enqueten über Lehrerbildung. Nun ist ja die Lehrerbildung für die Zukunft der Volksschulen gewiß mit die wichtigste Sache und auch neue Lehrpläne sind dringend notwendig, die energisch vom Erlernen zum Erarbeiten weiter führen. Aber all diese Fragen sind dank den pädagogischen Fortschritten der letzten Jahrzehnte schon lange aus dem Stadium der Enqueten und der schüchternen Probeversuche draußen und zu Taten reif. Der neue Mensch, den der Weltkrieg und die Revolution gebar, braucht die neue, ihm angemessene Schule, deren Werden das Schulbudget nirgends ausweist, mit Proben in Karolinental und Smichow ist ihm nichts geholfen. Wie es mit den „fruchtbareren Resultaten“ der Lehrerbildungsenquete in Wahrheit aussieht, darüber erzählen die insgesamt 8 1/2 Millionen genug, welche der Staat im Jahre für die Erziehung des Lehrernachwuchses aussetzt. Dieser Bettelposten zeigt, daß hier von einer großzügigen Reform keine Rede sein kann, daß ein Ausbau der Lehrerbildungsanstalten zu modernen, der Forschung Raum gebenden, wissenschaftlich-pädagogischen Versuchsanstalten überhaupt nicht erwogen wird.

Ebenso skeptisch muß man der Behauptung des Ministers gegenüberstehen, daß „trotz der größten Sparsamkeit . . . nicht nur der jetzige Stand erreicht erhalten wird, sondern auf die weitere Entwicklung des Schulwesens und der nationalen Kultur gesichert ist.“ Auf den ersten Blick freilich macht das Emporschnellen der Ausgaben von 578.273.634 Kr des heurigen Jahres den Betrachter im günstigen Sinne zu stimmen. Doch erklärt sich das am meisten auffallende Aufschwollen des Postens „Volksschulen“ von 168.578.176 auf 388.969.411 Kr daraus, daß der Aufwand für Lehrer im Betrag von 198 Millionen bisher unter „Ubergangswirtschaft“ gebucht war und nunmehr ins ordentliche Budget übernommen wurde. Tatsächlich beträgt also die Differenz zwischen den beiden Gesamtsummen rund 110 Millionen oder 11 Prozent, ein Mehraufwand, der bloß in der größeren Zahl, aber der gesunkenen Kaufkraft wegen nicht in den Sachleistungen zum Ausdruck kommen wird.

Unter den Einzelposten fallen die neu eingeführten 8 1/2 Millionen für soziale Fürsorge auf, durch welche die amerikanischen und anderen wichtigen Hilfsaktionen für Kinder ergänzt werden sollen — angesichts der Not der breiten Massen nur ein Tropfen auf einen glühenden Stein. Das Standaufheben an der ganzen Sache aber ist der Umstand, daß nicht einmal der achzigste Teil dieser Summe, sage und schreibe hunderttausend Kronen, für deutsche, der Rest für tschechische Kinder verwendet wurde. Ebenfalls kommen die für „Volkserziehung“ eingestellten 4 1/2 statt 3 1/2 Millionen befriedigend. Die Volkshochschulen und Vortragskurse, welche die von den Volksschulen vermittelte Elementarbildung ergänzen und ausbauend vertiefen sollen, gehören ebenso in den pflichtgemäßen Fürsorgebereich der Allgemeinheit wie Kindergärten und Elementarschulen. Und da faciemus uns 900.000 tsch. Kronen für vollständige Schulen und eine Million für Gemeindebibliotheken etwas wenig zu sein, wenn sich daneben 700.000 tsch. Kr. für staatsbürgerliche, also patriotisch-nationalistische Erziehung und 300.000 Kr. für vollständige Publikationen gewiß ähnlicher Tendenz berechnen. Einfach dem Bedürfnis nach großmütigsten Pflanz dienen die 3,6 Millionen für „Vergleichungen mit dem Ausland“. Da spendiert man eine Million, um den Franzosen einen Begriff von der tschechischen Kultur beizubringen, die Verknüpfung mit slawischen Brüdern kostet 300.000 Kr. und die mit der ganzen übrigen Welt ausgerechnet 480.000 Kr. Diese großzügig aufgeführten, s. T. keiner Detaillierung gewürdigten Posten gehören ebenso zur Bildung und Unterhalt wie — der Propagandadienst des Reichsliste während des Weltkrieges.

Das Ausgabenetat für die Schulen im engeren Sinne entwürdigte der Referent des Schulausschusses Dr. Erdinko dazu, den Schulbestand der Deutschen hämisch anzufallen. Es will uns scheinen, daß ein Referent mit neidvollen Vergleichen, ganz abgesehen von deren Stichhaltigkeit, die ihm obliegende soziale Aufgabe vollständig verkennt. Ein Schullehrer, wie er sein soll, hat vielmehr unermüdlich darauf hinzuwirken, daß den Unterrichts- und Erziehungsbedürfnissen aller Bewohner reifere Genüge geschieht. Statt des nationalen „Geganzes“ brauchen wir positiv aufbauende Arbeit und die Erkenntnis, daß der Kulturstand des ganzen Landes sinkt, wenn man um einer zum Kinderspielt erniedrigten „Gerechtigkeit“ willen gegenwärtig wirkende Unterrichtsstätten „abbaut“. Was Tschechen, was Deutsche! Hier sind junge Menschen, arme, zukunftslose Proletariatskinder, denen sich nur durch gründlichen Unterricht die Tore eines besseren Morgen öffnen können, und da führt man, statt ihnen zu helfen, hässliche Kunststücke auf und „beweist“, daß die Tschechen noch immer schlechter mit Unterrichtsanstalten bedacht sind als die Deutschen. Nicht auf ein „Besser und schlechter bedacht“ aber kommt es hier in Wahrheit an, sondern darauf, daß die nach modernen pädagogischen Grundsätzen zureichenden Schulen für alle Völker da sind. Solange tschechische Volksschulklassen einen Durchschnitt von 50 und deutsche einen solchen von 46 Schülern aufweisen, ist diese Forderung nicht erfüllt, denn wirklich intensive Arbeit duldet auf der Elementarstufe nicht mehr als dreißig Zöglinge. Dabei gibt das Budget keine zureichende Auskunft über die Zahl der Lehrkräfte, über die Verteilung von Stadt- und Landschulen und über den Reichradius der letzteren. Sonst würden sich mit noch ganz anderer Unabweisbarkeit grundsätzliche Forderungen und die Schande einer blindwärtigen nationalen Schulpolitik ergeben, welche unter mechanischer Anwendung statistischer Zahlen Totschulen wegen „schwachen Besuches“ aufgelöst hat und dadurch die armen Kleinen nötigt, stundenweit zur nächsten Schule zu laufen. Den Ehrgeiz, Staatsvolk zu sein, befrüchtigen ja die Tschechen

Die Rückentwicklung des Bolshewismus.

Russische Staatsbetriebe an Kapitalisten verpachtet.

Berlin, 13. November. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Die Petersburger „Pravda“ veröffentlicht folgendes Telegramm Lenins an den Petersburger Sowjet: Die wichtigste Aufgabe der Gegenwart ist die radikale Verminderung der Staatsbetriebe. Nur ein Minimum von landwirtschaftlichen und industriellen Unternehmungen darf künftig vom Staate betrieben werden und ausnahmslos nur solche, die vom Staate keine finanziellen Zuschüsse verlangen. Auf Grund dieses Telegramms beschloß der Petersburger Sowjet, sämtliche städtischen Unternehmungen an Privatpersonen in Pacht zu geben.

Vor etwa einem halben Jahr sagte Lenin in einem Aufsatz: „Der Kern der Frage liegt darin, daß man Mittel finden muß, auf eine

gewisse Zeit die Entwicklung des Kapitals in das Bett des Staatskapitalismus zu leiten, um den Uebergang des Staatskapitalismus zum Sozialismus sicherzustellen. . . Wir verbieten nicht die Entwicklung des Kapitalismus, sondern wir bemühen uns, ihn zum Staatskapitalismus zu machen.“ Die erste Etappe des ökonomischen Umernens der Kommunisten bestand darin, daß man die sofortige Umwandlung der russischen Wirtschaft in eine kommunistische für unmöglich erklärte und die Meinung vertrat, daß man durch den Staatskapitalismus hindurch müsse. Die oben stehende Nachricht stellt bereits eine zweite Etappe der Umorientierung der Kommunisten dar, der Verpachtung von Staatsbetrieben an private Kapitalisten.

Erfolge der Unabhängigen bei den tschechischen Stadtwahlen.

Berlin, 14. November. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat.“) Die gestern vorgenommenen Stadtwahlen in einem Teile von Sachsen haben wiederum, wie sich das schon bei allen anderen Wahlen in den letzten vergangenen Monaten gezeigt hat, die zunehmende Klaffen- scheidung zwischen Bourgeoisie und Arbeiterschaft bewiesen. Für das Proletariat als Ganzes ist auch diese Wahl unbefriedigend verlaufen. Diejenigen Kreise, die nach dem Zusammenbruch im Jahre 1918 zu den sozialistischen Parteien kamen, weil sie die sofortige Verwirklichung des Sozialismus erwarteten und jetzt in ihrer Hoffnung enttäuscht sind, sind entweder wieder indifferent geworden oder haben sich vom Bürgertum einsam lassen. Die zahlenmäßige Schwächung der ganzen Arbeiterklasse wird aufgehoben durch die Tatsache, daß ihre Massen wieder auf den Boden des Klassenkampfes, der unermüdlichen sozialistischen Arbeit sich zurückfinden. Das ergibt sich daraus, daß die Stimmenzahl der Unabhängigen Sozialdemokratie seit der Landtagswahl vor einem Jahre, die zum Vergleich herangezogen werden muß, erheblich gewachsen ist, während die Rechtssozialisten und Kommunisten geschwächt aus dem Wahlkampf hervorgehen.

Die Wahlen in Leipzig.

ergaben 36 sozialistische und 36 bürgerliche Mandate. Die U. S. P. erhielt 114.713 (80.403), die S. P. D. 26.733 (23.925), die

mit den 48,7 Millionen, welche sie ihren mancherorts nötigen „Minoritätsschulen“ widmen, zur Genüge.

Einen wirklichen Fortschritt bedeutet die Verdopplung des Aufwandes für Handelsschulen (31 statt 15,7 Millionen für 26 Handelsakademien und 56 Handelsschulen, davon im ganzen 24 deutsche). Selbstamt sticht davon die geringe Erhöhung des Gewerbeschuletats ab (54 statt 45 1/2 Millionen bei 24 Gewerbe- und 66 Fachschulen). Beide Schultypen ermöglichen einen raschen Weg ins praktische Leben, beide tragen den Bedürfnissen der Masse nach rascher Versorgung ihres Nachwuchses Rechnung. Die Laboratorien und Versuchsräume der Gewerbeschulen sind derzeit nur um viel Geld im Betrieb zu erhalten. Trotzdem ist hier Sparsamkeit nicht am Platze, weil die Zukunft der Industrie größtenteils von der Menge der gründlich vorgebildeten Industriearbeiter abhängt. Aber auch die Arbeiterklasse der Betriebe bedarf einer besseren Durchbildung und deshalb fordern wir dringend die Verlegung des gewerblichen Fortbildungunterrichtes von den Abend- auf die Tagstunden sowie die Freigabe des Sonntags. Die Herren Meister werden sich schon daran scheiden müssen, ihre Lehrlinge einige Wochenstunden lang zu entbehren, denn am Abend sind die abgearbeiteten Lehrlinge nicht mehr so aufnahmefähig, wie sie es sein müssen, wenn der Unterricht einen Erfolg zeitigen soll.

Zu den 172 praktischen treten 253 staatliche wissenschaftliche Mittelschulen mit einem Aufwand von 145 statt von 129 1/2 Millionen. Die Durchschnittszahl von 34 tschechischen und 29 deutschen Schülern für die Klasse weist, ähnlich wie wir das von den Volksschulen sagten, auf ein Bedürfnis nach Vermehrung dieser Anstalten hin. Namentlich sollten für Mädchen neue Schulen geschaffen werden. Nicht im Staate sind, von der Verfehltheit des auf Bourgeoisgänschen zugeschnittenen Hygealtypus zu schweigen, viel zu wenig, seitdem sich dem weiblichen Geschlecht alle Türen ins Berufs- und öffentliche Leben erschlossen hat, und die Aufnahme von Mädchen in Anabermittelschulen ist doch nur ein die Unterrichtserfolge schädigendes Notauskunftsmittel. Ferner muß die Sperrung

R. P. D. 30.846 (37.337), die bürgerlichen Parteien erhielten insgesamt 167.383 (149.365), die sozialistischen Parteien insgesamt 172.309 (141.662) Stimmen. Die Unabhängigen Sozialdemokratie gewann gegenüber der Landtagswahl im Vorjahre fast 35.000 Stimmen, die Rechtssozialisten gewannen 2000, die Kommunisten haben dagegen 6500 Stimmen gegenüber den Landtagswahlen verloren. In Döbeln hat die U. S. P. D. acht Sitze (sieben), die S. P. D. einen, die bürgerlichen elf Sitze erobert. — In Grimma erhielten die Bürgerlichen 13, die U. S. P. D. sieben, die Kommunisten ein Mandat.

Bei den Wahlen in Dresden

erhielt sich eine bürgerliche Mehrheit von zwei Sitzen. Bisher war das Verhältnis umgekehrt. Die U. S. P. D. hat gegenüber den letzten Wahlen etwa 13.000 Stimmen gewonnen. Von den früher innegehabten 39 Mandaten erhielt die S. P. D. 29, die U. S. P. D. hat nunmehr acht statt drei Sitze, die R. P. D. drei oder vier statt einem. In den Vororten Dresdens hat der Gesamtsozialismus und insbesondere die U. S. P. D. einen ersten Schritt Fortschritt aufzuzeigen. In der großen Gemeinde Gittersee zum Beispiel verdoppelte sich die Stimmenzahl der U. S. P. D. gegen die Wahl im vorigen Jahre, in Burg wurden nur Sozialisten gewählt und in Klein-Kendorf erhielten die Sozialisten sechs Sitze.

deutscher Anstalten ein für allemal aufhört. Will man etwa die Durchschnittszahl noch über 29 hinaufstreifen? Es ist und bleibt vielmehr ein Skandal, daß ganz Tschechien-Tschechien nunmehr eine einzige vollständige deutsche Mittelschule, die in Ederberg, besitzt und daß Kinder täglich stundenweit Bahnfahrten zu machen genötigt sind, um von der slowakischen Grenze die nächste deutsche Mittelschule zu erreichen! Und wenn die eben geschaffene tschechisch-polnische Delegation hier kein Einvernehmen herstellen wird, können sich auch die Kinder aus Tschechien-Tschechien, statt jenseits der Brücke die deutsche Mittelschule in Polen zu besuchen, demnächst zur täglichen Reise nach Ederberg gezwungen sehen und den Schülern des sterbenden Gymnasiums in Friedek steht Gleiches bevor. Was an dem einen Beispiel aufgezeigt wurde, trifft in vielen Fällen zu, die ungesunde Nationalität statt einer gesunden Schulpolitik rächt sich bitter am Leib und an der Lebensfreude der Jugend. Das Mittelschulbudget ist ferner der richtige Raum, um einer vernünftigen Einheitschule das Wort zu reden. Die Aufstellungen der Regierung lassen da jede Initiative vermissen. Wir erblicken noch weiter die Einteilung in Gymnasien, Realschulen und Lyzeen, Brüden vom gestern zum morgen sind nirgends geschlagen. Und doch können hier nur allmähliche Uebergänge, nicht Veränderungen von einem Tag zum andern gesunde Früchte bringen, nur eine allmähliche Beseitigung der Scheidewände zwischen Bürger- und Untermittelschule schießt einen schädlichen Bruch in der Entwicklung aus.

Die von nationaler Leidenschaft am meisten umtobten Hochschulen beanspruchen 153 statt 131 1/2 Millionen des Vorjahres, davon gehen auf theologische Anstalten 1 1/2 Millionen auf, die deutschen beanspruchen 17 1/2 Millionen. Angesichts des Mißverhältnisses zwischen den Ausgaben für Deutsche und Tschechen nimmt sich die Forderung des Referenten Dr. Erdinko, die Brüder mit der Prager deutschen Technik zu verschmelzen, geradezu grotesk aus. Bilden die Deutschen tatsächlich nur den neunten Teil der Bevölkerung und zahlen sie nur ein Neuntel der Steuergelder, daß man sie bloß mit einem Neuntel des Hochschulaufwan-

des bedient? Und weiß Herr Dr. Erdinko nicht, daß kleine Hochschulfabriken, auch wenn sie teurer kommen, dafür den wahren Zweck der Hochschule weit besser erfüllen, die Zöglinge zum eigenen Forschen und Denken zu erziehen? Im Massenbetrieb kommt es zu keinem Kontakt zwischen Meister und Jünger, Arbeitstellen und Seminaristen, wo sich der junge Akademiker üben kann, fehlen und der Gelehrtennachwuchs findet keine Gelegenheit sich zu betätigen. Daß der nationale Koller einen objektiv feindlichen Charakter hat, derart verblendend kann, ist erschreckend traurig. Um in Schulfachen mitzureden, braucht man einen tüchtigen, von Leidenschaft ungetriebenen Kopf, warmes soziales Empfinden und ein heiß für die Jugend schlagendes Herz!

Inland.

Das ist kein Militarismus. . . Der Abgeordnete Bradač hat behauptet, daß in dieser Republik kein Militarismus besteht. Nach einer Meldung des „Pravo Lidu“ hat die Militärverwaltung beschlossen, Menschen, von denen bekannt ist, daß sie entschlossene Kommunisten sind, keine Feuerwaffen in die Hand zu geben, sondern sie nur zu Erd- und Befestigungsarbeiten, zu schwerstem Dienste auch dort zu verwenden, wo der Kampf am allergeringsten ist. Zur Zeit des alten Despoten hat man diese Art von Militarismus bestialisch genannt, aber hierzulande gibt es doch beinahe keinen Militarismus.

Der Haken. Das „Pravo Lidu“ schreibt unter dem Titel „Unsere Antwort an die Deutschen“: „Im Budgetauschuss haben die deutschen Abgeordneten eine ganze Reihe von Einwendungen und Forderungen vorgebracht und haben insbesondere die Vertretung der deutschen Bürger in allen öffentlichen Institutionen und Körperschaften beansprucht. Das ist richtig und kein Verständiger bestreitet die Berechtigung dieses Anspruchs der Deutschen, aber die Sache hat ihren Haken. Auf diesen verweist insbesondere Abg. Nemeč in seinem Schlusswort zu Kap. IX und IX A des Budgets. Er empfahl den Deutschen, zunächst ihre Ansicht bezüglich dieses Staates zu ändern und dann in gemeinsamen Beratungen mit den tschechischen Parteien ihre Forderungen vorzubringen. „Es ist sicher, daß, wenn die tschechischen Parteien sich überzeugen werden, daß die Deutschen ihren Standpunkt zu unserer Republik geändert haben, sie den berechtigten Wünschen der Deutschen entgegenkommen werden. Unsere Partei hat ein sehr lebhaftes Interesse an der Beseitigung der nationalen Kämpfe, denn sie sind auch ein Hindernis der ruhigen Entwicklung und des Aufbaues der sozialen Beschäftigung und wir werden darum die Bemühungen nach Verständigung aufrichtig unterstützen.“ — Seitdem der Staat besteht, wollen die Tschechen, die tschechischen Sozialdemokraten inbegriffen, das berühmte „Bekenntnis“ zum Staat. Dieses „Bekenntnis“ ist die beste Ansrede, wenn man hunderte wohlertrogene, dem Staate förderliche Anträge in Vorschlag und Vogen ablehnt. „Kein Verständiger bestreitet diesen Anspruch der Deutschen, aber die Sache hat ihren Haken.“ Und um den Haken, den sich die Tschechen immer wieder selbst schmieden, wollen sie trotz ihrer „Bemühungen nach Verständigung“ nicht herumkommen. Sie mögen doch den anderen Nationen das Selbstverständliche und Lebensnotwendige geben, und das „Bekenntnis“ wird sich von selbst einstellen.

Nachtragsbudget 1921: 6,6 Milliarden Ausgaben. Wie die „Bohemia“ zu melden weiß, wird die Regierung zu dem Staatsvoranschlag für 1921, sowie zum Budget der staatlichen Investition auf Grund eines Ministerratbeschlusses ein Nachtragsbudget vorlegen, in welchem das Parlament am rasche Genehmigung der Staatsausgaben ersuchen wird, zu deren Bedeckung die im Finanzgesetz vom 17. Dezember 1920 enthaltenen Beträge nicht genügen, und zwar: 1.675.384.780 K in ordentlichen Ausgaben und 2.509.337,23 in außerordentlichen Ausgaben, zusammen also 4.184.722.017 K. Dagegen werden im Nachtragsbudget folgende Einnahmen ausgewiesen: ordentliche 1.199.243.990 K, außerordentliche 69.910.170 K, insgesamt 1.269.154.160 K. Nach Abschreibung der Gesamteinnahmen von Kronen 15.399.073.710. — von den Gesamtausgaben 18.026.460.144 K verbleibt ein Defizit von 2.627.386.434 K, das durch Kreditoperationen gedeckt werden soll. Was das Budget der staatlichen Investitionen betrifft, so wurde das ursprüngliche Budget von 3.052.606.000 K um 120.896.691 K überschritten, so daß die Gesamtinvestitionsausgaben auf 3.173.502.691 K gestiegen sind. Das Nachtragsbudget soll in beiden Kammern durchberaten und in verkürztem Verfahren nach § 55 der Geschäftsordnung genehmigt werden. — Wir überlassen der „Bohemia“ die Verantwortung für die Richtigkeit dieser Meldung.

Kommunistische Gaufler-Künste.

Zwei Rüssel Tinte und fast zehn Spalten seines kostbaren Raumes verwendete in den letzten Tagen der Reichenberger „Vorwärts“ darauf, um nachzuweisen, daß die Haltung der österreichischen und reichsdeutschen Sozialdemokraten in der Frage der Intervention der Tschechoslowakei gegen die ungarische Reaktion mit jener der deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei nicht übereinstimmte. Das hält das Reichenberger Blatt offenbar für eine so erschütternde Entdeckung, daß es drei Nummern hindurch Zitate auf Zitate häufte, um wieder einmal die Infamie der Sozialpatrioten kundzutun. Zu den „Beweisen“ des „Vorwärts“ möchten wir nur bemerken, daß es schon möglich ist, daß unsere österreichischen Genossen angesichts des Umstandes, daß sie die Arbeiterschaft durch das Treiben und die Absichten der monarchistischen Banden im Burgenland unmittelbar bedroht sahen, sich, da Oesterreich selber von der Entente völlig entwaffnet ist, nach Hilfe umsehen, die sie von der Tschechoslowakei erhoffen zu dürfen glaubten, während unsere Partei ihre Stellungnahme naturgemäß vom Standpunkte der deutschen Arbeiterschaft der Tschechoslowakei, ihren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen ableiten mußte. Aber wir wissen schon, warum diese eigentlich einfache und selbstverständliche Tatsache dem „Vorwärts“ Veranlassung gibt, so reichliche Verschwendung mit seinen Tinten-vorräten zu treiben. Wie gewisse Jahrmarktsgauller bei ihren Zaubertricks die Aufmerksamkeit der Zuschauer durch vieles Reden von ihren eskamotierenden Händen abgulenken bemüht sind, so dient auch das Getöse des „Vorwärts“ nur dem Zwecke, die Arbeiterschaft darüber hinwegzutäuschen, daß die kommunistischen Führer während der Tage der Kriegsgefahr eine hinterhältige, schwankende, auf den Kuhhandel eingerichtete Politik getrieben haben, die sie schließlich ins Schlepptau Dr. Benesch brachte. Daß Kreibitz, der grandiose Entdecker der angeblichen Widersprüche der anderen, einst Jeschkenverteidiger war und während der letzten Krise sich als treuer Kämpfer für die Unversehrtheit der Grenzen des tschechoslowakischen Staats produzierte, ist eine solche Schwarzfärberei, daß das Geschrei des „Vorwärts“ zur Ablenkung von dieser neuesten Wandlung der Führer der kommunistischen Partei schon begreiflich erscheint. Die Arbeiterschaft wird durch diese Demagogik nicht zu täuschen vermögen, denn diese hat die Gaufler durchschaut, aber eine Genugtuung ist ihm dabei doch widerfahren: er wird von der agrarischen „Deutschen Landpost“ als Schwurzeuge gegen die Sozialdemokratie zitiert. Die „Beweise“ des „Vorwärts“ sind auch jene der „Deutschen Landpost“, wie das Reichenberger Kommunistenblatt überhaupt immer mehr zum Korrespondenzblatt für die Schriftleiterpresse wird.

Anfreiwillige Entdeckungen.

In der in Prag erscheinenden „Studenten Revue“ wurde unter dem Titel „Verhältnis zu den Deutschen“ die Frage aufgeworfen, ob es nicht günstig wäre, durch Abtrennung deutscher Gebiete der Republik die Zahl der Deutschen zu vermindern und dadurch die Verhältnisse im Staate zu bessern. Die „Radodni Listy“ empörten sich gegen diese Anschauung. Darauf erfahren wir aus einem Angriff des „Pravo Lidu“ gegen dieses Blatt, daß bereits vor dem Umsturz in den Kreisen der tschechischen Bourgeoisie diese Möglichkeit erwogen und dem Präsidenten Masaryk in Zürich vorgelegt worden war. Jetzt, erklärt das „Pravo Lidu“, ginge es nicht an, darüber zu disputieren. Erstens sei eine Aenderung der Friedensverträge nicht möglich. Aber vor allem würden sich die Deutschen der Republik selbst auf das bestmögliche gegen eine Abtrennung deutschen Gebietes in der Tschechoslowakei und gegen eine daraus erwachsende Schwächung des Einflusses der Deutschen in der Republik wehren. — Wenn die Herren untereinander ihre Diskussionen führen, erfährt man ganz amüsante Dinge. Vor allem, daß es ein rein deutsches Gebiet in der Republik gibt, eine Tatsache, die plötzlich von ihnen allen, ohne daß sie es wahrscheinlich gemerkt haben, anerkannt wird. Dann ist es nicht uninteressant zu wissen, daß man sich der Deutschen doch hat entledigen wollen. Und zwischen den Zeilen des „Pravo Lidu“ kann man sogar noch heute eine ähnliche Anspielung finden. Schließlich ist das Argument, das im Namen der Deutschen angeführt wird, nicht ganz unergötzlich: Die Deutschen würden sich wehren, weil sie ein gewisses Maß ihres Einflusses in der Republik verlieren könnten. Das „Pravo Lidu“ möge doch zeigen — wir erinnern z. B. nur an die letzte Budgetdebatte, in welcher die deutschen Sozialdemokraten ihre reformierenden Anträge einbrachten — wo die Deutschen bis jetzt ihren Einfluß bekunden durften. Und selbst, wenn sie ihn hätten — deshalb sollten sie sich „auf das bestmögliche gegen eine Abtrennung deutschen Gebietes wehren“?

Aus dem kommunistischen Sumpf.

Unter den tschechischen Kommunisten waren einige Herren, die nun „Enthüllungen“ über ihre frühere Tätigkeit veröffentlichten. In der kommunistischen Partei treiben sich allerlei Ehrenmänner herum. Daß sie dort Vertrauensstellungen erlangen können, ist ein Zeichen der Leichtgläubigkeit und Verwirrung, die wesentliche Fundamente der kommunistischen Propaganda bilden. Für uns werden solche Herren nicht wertvoller, wenn sie es sich eines Tages anders überlegen und dann mit „Enthüllungen“ kommen. Obwohl also ihre Glaubwürdigkeit in Frage gestellt werden muß und wir ohneweiters zugeben, daß man ihnen vielleicht auch allerhand niedliche Vorwürfe machen könnte, wollen wir unseren Lesern doch einen Blick in den kommunistischen Sumpf gewähren. Im „Pravo Lidu“ schreibt ein gewisser Desider Strehlinger aus der Slowakei, der Mitglied des Zentralsekretariats des tschechischen kommunistischen Partei war, warum er angeblich nicht mehr Kommunist ist. Er verweist darauf, daß er sich in der Zeit der Räteherrschaft in Ungarn

als Intendant der Roten Armee betätigt hat und berichtet, daß er auch nach dem Zusammenbruch der Räteherrschaft nicht ins Ausland geflohen ist, sondern von den Rumänen gefangen genommen wurde. Als tschechoslowakischer Staatsbürger wurde er dann aus der Gefangenschaft befreit, kam nach Prag, wo er in der kommunistischen Partei arbeitete. In Prag lernte er neben ehrlichen Idealisten auch eine größere Anzahl junger und alter Abenteuerer ohne Verantwortungsgefühl für das Schicksal der arbeitenden Klassen kennen. Angeblich verließ er aus eigener Initiative seine bezahlte Stellung in der kommunistischen Partei. Das Zentralorgan der Kommunisten, das „Rude Pravo“, hat die Veröffentlichungen Strehlingers ohne Antwort gelassen und also auch der Behauptung nicht widersprochen, daß Strehlinger freiwillig aus den Diensten der kommunistischen Partei ausgetreten ist. Er erklärt, er habe eine Gruppe von „Kommunisten von Beruf“ gefunden, die nur deshalb in der Partei tätig sind, weil sie aus geheimen und unkontrollierten Fonds neben ihren Redakteur- und Sekretärgehältern größere Geldsummen beziehen. Bela Kun brachte aus Moskau zu den Vorbereitungen der politischen Diktatur in Ungarn zwanzig Millionen Goldrubel, mit denen er ganz willkürlich wirtschaftete. Er war auch in zwei Monaten mit seinen Millionen fertig und mußte neue Geldmittel von Wiener Vertretern der russischen Sowjetrepublik fordern. Zur Überprüfung der kommunistischen Bewegung in der tschechoslowakischen Republik wurden von Moskau zwei ausgediente magyarische Volkskommissäre, Matthias Rakosy und Alparth geschickt, der in Reichenberg wohnte. Alparth's Verdienst ist die Gründung der deutschen Abteilung der kommunistischen Partei, Kreibitz und Neurath waren Puppen in der Hand Alparth's. Alparth erklärte, die Gründung der deutschen kommunistischen Partei kostete ihm 800.000 tschechische Kronen. Angeblich fragte ihn Strehlinger damals: „Wie wird die Berechnung über das Geld durchgeführt?“ Darauf antwortete Alparth: „Illegales Geld muß man nicht verrechnen, die Hauptsache ist, daß wir eine deutsche Partei begründet und die Tschechen vor fertige Tatsachen gestellt haben.“ Die Berechnung der Gelder, die die deutsche kommunistische Partei durch Alparth erhielt, ist nicht unsere Sorge. Wenn die Behauptung Strehlingers richtig ist und wenn dieser Betrag, weil für illegale Zwecke, nicht verrechnet werden braucht, so kann uns das auch recht sein. Wir glauben aber doch, daß es die kommunistisch organisierten Arbeiter selbst finden werden, daß einige Leute unkontrolliert mit solchen Riesensummen hantieren. Der Vorgang wäre die krasseste Korruption, die man sich überhaupt denken kann. Vielleicht aber wissen die organisierten Kommunisten, insbesondere der Parteivorstand und die Vertrauensmänner, wer die Gelder übernommen hat und nach welchen Grundsätzen und Beschlüssen sie ausgegeben wurden.

Vor dem Kongreß der kommunistischen Internationale wurde in der tschechischen kommunistischen Bewegung eine illegale Organisation gegründet, die vor allem gegen die Bedachtlosigkeit Schmerals gerichtet war. Sie wurde von einem fünfzigjährigen Ausschüß geführt, dessen Leiter Sekretär Jaroslav Handlir war. Die Geldmittel lieferte, schreibt Strehlinger, Rakosy. Am 27. April dieses Jahres

waren Rakosy und Alparth bei mir in der Wohnung zu Besuch, als unerwartet und unangekündigt Handlir kam. Er forderte Geld zur Veröffentlichung einer Agitationsbroschüre, die er schreiben werde. Rakosy fragte ihn, ob ihm 25.000 Kronen genügen. „Reineswegs, ich brauche zumindest 30.000 Kronen.“ erklärte Handlir. Das Geld wurde ihm sofort ausbezahlt, eine Broschüre ist aber bis heute nicht erschienen. „Der Mensch braucht ewig Geld“, lachten meine Gäste nach dem Abgange Handlir's, „aber dafür ist er verlässlich.“ Als Handlir auf dem Moskauer Kongreß gegen die Erwartung sich Schmerals annahm, wußte sich Alparth an ihm rächen und forderte die tschechische Delegation auf, nach dem Schicksal der 30.000 Kronen zu forschen, die Handlir zur Veröffentlichung seiner Propagandabroschüre ausbezahlt worden waren. Aber Handlir wußte sich zu helfen. Er erklärte, dieses Geld für „illegale Arbeit“ ausgegeben zu haben und seine Erklärung genügte vollständig. Denn die Ausgaben für illegale Arbeit werden nicht verrechnet. — Am 1. Mai dieses Jahres hatte ich und Handlir vor dem Kongreß eine Zusammenkunft in Dresden mit Bela Kun und Boganyi. Aus der Unterredung Kun's mit Handlir verdienende folgende Worte bemerkt zu werden: Kun: „Schmerals schützt die Zentrifugen und es scheint mir, daß er selbst einer von ihnen ist. Auf dem Kongreß muß er bedingungslos durchfallen.“ Handlir: „Wir lassen ihn ohne weiteres fallen, aber die illegale Partei braucht Geld zur Arbeit gegen ihn. Wenn wir Geld hätten, würden wir manche schöne Aktion unternehmen können.“

Tages-Neuigkeiten.

Hegel. Vor neunzig Jahren starb Hegel, der Philosoph des absoluten Idealismus. Sein System, lückenlos und großartig, galt seinen Zeitgenossen als die Philosophie, als die Vollendung philosophischer Denken. Gestützt auf ein universelles Wissen, gab es keine Werte ein System der Philosophie, das Anspruch erhob auf die Erkenntnis des Absoluten. Die Sprache seiner Philosophie, die seine Zeit so bewegte, und so allgemeine Anerkennung fand, ist unserer positivistischen Zeit nicht mehr verständlich. Der Geist, der die Welt aus sich selbst heraus erzeugt und im Individuum zum Bewußtsein seiner selbst gelangt, die Selbstbewegung des Begriffs, der durch den Widerspruch in sich selbst zur Auflösung in einer höheren Einheit getrieben wird, und die den wirklichen Zusammenhang und die Entwicklung der Dinge wiedergibt — das sind für uns tote metaphysische Spekulationen. Wir sehen darum in Hegel nicht den Schöpfer einer lebendigen Philosophie, die für unsere Zeit Problem ist, sondern wir sehen ihn unter historischer Perspektive. Unter solchem Gesichtspunkte treten bei der historischen Betrachtung in den Vordergrund die Elemente seiner Philosophie, die mächtig eingewirkt haben auf die Entwicklung späterer Denker: die Dialektik, die Bewegung des Begriffs, nicht als Metaphysik, aber als Methode, und seine Auffassung der Geschichte als des Entwicklungsprozesses der Menschheit. Der Denker, der von politischen und historischen Studien ausgehend, mit seinen philosophischen Spekulationen den großzügigen Versuch verband, die geschichtliche Bewegung, den Prozeß des geschichtlichen Werdens zu erfassen, hat mit diesen Elementen auf die

Feuilleton.

Die Hanna.

Von J. J. David.

„Und so zufrieden waren sie mit sich und so fleißig und so stink! Und wenn einer eine kürzere Zeit für den Quadratmeter Leinwand gebraucht hat, wie ein anderer, so hat er einmal mehr verdienen können wie dieser und war also der größere Künstler. Und um einen „berühmten“ Baum sind sie mit ihren großmächtigen weißen Malschirmen herumgesehnen, nicht anders, als hätten sich die Schwammerlinge, aber welche, die man schon durchaus nicht essen kann, ohne hinzunehmen, auf die Wanderschaft gemacht. Und gänzlich ernsthaft haben sie das getrieben, und nicht einmal den Humor haben sie gespürt, und jeder hat's ihm abgewinnen wollen. Kannst dir denken, wieviel auf einen gekommen ist. Pfui Teufel!“ Er spie heftig vor sich hin, und ich wußte nicht, ob aus der Erinnerung an jene wunderschöne Zeit gewissenhafter und sorglich gehüteter Kunstpflege, oder war ihm die Asche seiner Hoffnungen an der er heftig herumklopfte, in die dort und gekommen.

Der Partei hatte sie sehr sorgfältig, stopfte sie frisch gewählte Partridge Züge.

„Varietas est jocus war nichts für mich. Das hab' ich von ihnen hab' gesehen. Was ich von ihnen hab' gesehen, und was mit ihnen, das hab' ich gesehen. Nämlich, was so ins Handliche sind sich dessen

dafür muß man immer dankbar sein. Denn man vertrachtet anders sehr viel gute und nützliche Zeit. Aber was beginnt man nun mit sich und wie kommt man weiter, dahin, wohin man möchte, wo hin es einen lockt?“

„Ich bin in den Ferien nach Hause. Da und dort hab' ich angefangen. So, wie man eben sucht, ohne den ganzen Glauben an sich. Aber — es ist auch nicht und niemals das Richtige gewesen.“

„Etwas hat immer und überall gefehlt. Ganz gut abgeschrieben waren die Dinger ja so weit, daß man wiedererkennen hat müssen, was ich dabei gemeint hab'. Und mein Bruder hat schon sehr gestaut.“

„Du, das ist nicht so wenig, wie du meinst. Nämlich, von der Kunst versteht so ein Bauer gar nichts, und ihm mit der Technik imponieren wirst du nicht. Aber wie so ein Ding, das er immer um sich hat, aussieht, das weiß er, und er läßt dir keinen Fehler und keine Abweichung durch.“

„Aber das Eigentliche weißt du, das Letzte war nicht darinnen. Gespürt hab' ich's. Aber das ist mir irgendwo steden geblieben. Und wenn ich mich erinnert hab' wie glatt die anderen nach ihren Kochbüchern heruntergemalt und wie mit vollen Baden sie ihr Wert beschmachten haben, so bin ich mir sehr dumm und mühsam und ein langsamer und ein unzufriedener Peter vorgekommen.“

„Halt ein richtiger Hanna! Was will der in der Kunst, wo noch vor ihm keiner war? Und was kann ich dafür, daß ich Augen habe, welche die Dinge niemals so erblicken, wie man's in der Schule von uns verlangt hat, daß

wir sie ansehen sollen? Immer anders, ganz anders! Und was das vielleicht nicht so, wie mit unserem Erdreich? Das braucht viele Arbeit, immer wieder, wenn es lohnen und tragen soll, wie es kann. Denn es ist tiefgründig und schwer und fett, und es zahlt sich schon aus, wenn man's nur daran wenden tut.“

„Ich hab's nicht zu Haus ausgehalten. Ins Gebirg bin ich, in den Bestidenwald. Einen Stummel hab' ich mir mitgenommen, damit er meine Sachen trägt, für mich lockt und meine Gänge tut. Denn mich hat's nach der Einsamkeit sehr verlangt. Das heißt, nach mir selber und dem, was in mir ist. Eine Waldhütte hab' ich mir ausgesucht, wo kein Dorf auf sehr weit in der Nähe war und nichts herum, nur Fichten und Tannen. Und dort hab' ich gehaust wie ein richtiger Kauz und hab' gemacht, zu jeder Zeit und bei jedem Licht, bis der richtige Winter gekommen ist und mich zurückgetrieben hat unter die Menschen, weil es nicht einmal mein Stummer mehr ausgehalten hat in der Dede.“

„Damals“, er streichelte seinen Spitz, „hab' ich mir's angewöhnt, immer so ein Vieh um mich zu haben. Und darum und aus der Zeit ist er so still — denn gegen wen hatt' er auch bellen sollen? — und so verständig.“

„Gelernt hab' ich viel. Wie sich die Wurzeln verhalten an so einer Fichte über dem Boden, nicht anders, wie die Adern auf einer Welle und abgearbeiteten Bauernhand, die sich über etwas zusammenkrallen, um es garnicht mehr auszulassen. Und wie so ein Stamm anders, immer anders wächst, je nach dem Windesfall. Und wie seine Rinde sich färbt, je nach der

Stellung, die er ansieht hat. Und wie unter vielen tausenden niemals einer völlig dem Nachbarn gleich sein wird. Und wie das Dunkel hereinbricht in den Wald, ganz plötzlich und traurig. Und wie das Mittagsschweigen ist, mit dem Flammen der braunroten Rinde, wenn die Nadeln knistern und rieseln und es ist wie ein Duft von Weihrauch in ihm.“

„Und erst die Nächte! Der Uhu, der heranschwebt mit dem rauschenden Flügel und mit glühenden Augen und ruft, daß man sich fürchten könnte, immer wieder ruft, weil ihm das Licht lockt. Und das ist wie in der Spinnstube: ein altes Weib erzählt eine Geschichte, die ganz danach ist, daß die Mädchen wirklich eine Gänsehaut über sich kriegen könnten, und alle fürchten sich und halten sich den Mund zu, damit sie nicht quietchen in ihrer Besonnenheit, und reißen die Augen und die Ohren auf, weil sie ja nichts verlieren wollen, und wenn sie dann heimgen, so kriecht's an ihnen herauf, und sie sichern vor lauter Angst in der Dunkelheit und sie sind mit jedem froh, der sie heimführt, wenn er sie nur recht fest an sich preßt. Und wieder ein andermal wird dir, du siehst alle guten Geister im Wald. Und sie lachen heiser hinter den Bäumen vor und sie sitzen an den Spitzen der Zweige, hängen sich daran und haften sich wie übermütige Schulbuben, die niemanden über sich haben, und treiben dürfen, was sie freut. Und sie klappern auf die Felsen, die da grau und nackt stehen, und sie sonnen sich im Moos und machen sich breit, breit, bis sie zerfließen.“

„Und der Wald hat keine tausend Stimmen. Und eine jede lernt du verstehen, und es ist

Schöpfer der sozialistischen Geschichtsbildung mächtig eingewirkt. Der Entwicklungsgang von Marx ging von Hegel aus zur Überwindung Hegels, und jede historische Betrachtung über das Werden von Marx und seinem Werk, über die Ideen der sozialistischen Bewegung muß sich daher mit Hegel befassen.

Oesterreichischer Jenseitsgeist in der tschechischen Armee. Ein Genosse, der beim 48. Infanterieregiment in Benschau dient und Abonnement des „Sozialdemokrat“ und des „Böhmerwald-Volksboten“ ist, schreibt uns in einem Briefe unter anderem: „Es ist schon wiederholt vorgekommen, daß mir die Zeitschrift „Sozialdemokrat“ und auch der „Böhmerwald-Volksbote“ von unserem Kommandanten Hauptmann... nicht ausgefolgt wurde. Ich frage daher die Genossen, ob es mir vielleicht nicht erlaubt ist, die Zeitungen zu halten.“ Die selbstverständliche Antwort lautet, daß niemand einem Soldaten das Abonnieren und Lesen seiner Zeitung verbieten kann und daß darum das Vorgehen solcher Kommandanten eine Unschönheit ist. Wir kennen den Namen des Hauptmannes und die Nummer seiner Kompagnie, nennen sie aber im Interesse unserer Genossen nicht. Dem Nationalverteidigungsministerium aber, von dem wir für die ganze Armee sofortiges Einschreiten gegen solche Uebergriffe eigenmächtig handelnder Offiziere oder Unteroffiziere fordern, stehen die Daten jederzeit zur Verfügung.

Verprechen und Halten... In unserer Nummer vom 5. Oktober haben wir mitgeteilt, daß mit Beginn des heurigen Schuljahres, am 1. Oktober d. J., vom Prager Unterrichtsministerium die gewaltsame Enteignung der beiden Kinderparteräume der Stadt Landstron durch die Gendarmerie durchgeführt wurde. Dieser Gewaltakt des Ministeriums löste einen furchtbaren Sturm unter der Arbeiterschaft aus und die Arbeitermassen forderten am nächsten Tage in einer Demonstration vom Leiter der politischen Bezirksverwaltung Schutz für diese Arbeiterhumanitätsanstalt. Gleich nach dieser jeder gesetzlichen Grundlage entbehrenden gewaltsamen Räumung der beiden Kindergartenklassen sprachen zwei Vertreter der Stadt beim Minister für soziale Fürsorge und beim Sektionschef Adelt unter Führung der Abgeordneten Genossin Deutsch und des Abgeordneten Dr. Svina vor und erhielten von beiden Herrn die bestimmte Zusage, daß in der allernächsten Zeit eine Kommission von Prag, bestehend aus Vertretern des Unterrichts- und des Ministeriums für soziale Fürsorge diese Angelegenheit an Ort und Stelle prüfen wird. Sechs Wochen sind seit dieser Zusage vergangen aber bis heute war von einer Kommission nichts zu sehen. Werden so Versprechungen von Regierungsvertretern gehalten? Man hat das Empfinden, daß durch „Vertrauensmänner“ der Regierung die ganze Angelegenheit absichtlich in die Länge gezogen wird, um dadurch der gewaltsamen Beschlagnahme durch die Länge der Zeit die Härte zu nehmen. Und dazu brauchen wir einen Minister für soziale Fürsorge?

Ein schwacher Lichtblick. Riesengroße Plakate kündigen in Prag in tschechischer Sprache die für Mittwoch geplante Vorlesung Gerhart Hauptmanns an. In der Mitte der Plakate steht in großen Lettern geschrieben: „Die Vorlesung wird in deutscher Sprache stattfinden.“ Außerdem brachten tschechische Blätter am

Sonntag die Meldung von der Ankunft des Dichters. Noch darf zwar keine deutsche Ankündigung öffentlich dieses Ereignis melden, noch klingt die Notiz der tschechischen Blätter nur sachlich. Aber wir wollen doch nicht die erfreuliche Tatsache übersehen, daß die Tschechen auf deutsche Kultur aufmerksam gemacht, auch aufmerksam sind. Es wäre nicht der schlechteste Weg, wenn auch die Kunst eine Brücke von Volk zu Volk schaffte.

Die regen sich jedesmal auf, die Kommunisten, wenn ihnen die Sozialdemokraten mit gleicher Münze heimzahlen. Ihre letzte „Empörung“ wurzelt in Bodenbach und blüht in der „Internationale“. Die Bodenbacher Genossen haben nämlich den Kommunisten die Veranlagung der „Volkshalle“ verweigert und das ganz richtig damit begründet, daß den Sozialdemokraten jene Arbeiterheime, die sich in kommunistischen Händen befinden, auch nicht zugänglich sind, so zum Beispiel in Joachimsthal. Die „Internationale“ läßt, wenn sie behauptet, daß den Kommunisten in das Bodenbacher Arbeiterheim von Gendarmen verweigert wurde; aber sie läßt auch mit der Behauptung, vor kurzem sei in den sozialdemokratischen Blättern zu lesen gewesen: „In Joachimsthal ist die Mehrheit der Arbeiterschaft sozialdemokratisch.“ Die „Internationale“ soll uns diese sozialdemokratischen Blätter nennen und die Stellen zeigen, wo sie das behaupten; dann werden wir uns über diesen Punkt mit ihr auseinandersetzen. Ganz abgesehen davon aber ist die Haltung unserer Bodenbacher Genossen richtig und sie wird sich nicht ändern, mögen auch die empörten Kommunisten in ihrer Presse deswegen noch so viel Kraxall machen.

Man braucht nicht noch mehr Geld. Nach dem österreichisch-ungarischen Zolltarif vom Jahre 1906 betrug der Einfuhrzoll für ein Maultier oder einen Esel fünf Kronen. Nach der Verordnung, die in der tschechoslowakischen Republik nunmehr vorbereitet wird, soll dieser Einfuhrzoll auf das Zehnfache erhöht werden. Jeder Esel, der nunmehr in die Republik will, wird an der Grenze fünfzig Kronen entrichten müssen. Wir finden das zwar ein wenig viel, aber wir wollen den Herrn vom Reich nichts dreireden, die doch am besten wissen müssen, ob wir hierzulande schon genug Esel haben oder gar schon zuviel, sodas man fremden Eseln den Zutritt erschweren muß.

Ein nachahmenswerter Beschluß der Turner Stadtgemeinde. Der Büchereirat der Stadt Turn beabsichtigt, im November d. J. in einem Nebenraum der Stadtbücherei ein Lesezimmer zu eröffnen. Damit entspricht die Stadtgemeinde der diesbezüglichen Bestimmung des Büchereigesetzes und erfüllt gleichzeitig einen lange gehegten Wunsch der Bevölkerung. Das Lesezimmer soll insbesondere Unbemittelten Gelegenheit bieten, sich im Winter an Nachmittagen und Abenden in einem warmen Zimmer aufhalten und nützlich beschäftigen zu können. — Es wäre nur zu begrüßen, wenn andere, größere Gemeinden, die noch kein Lesezimmer besitzen, das Beispiel Turn nachahmten.

Die Ausschreiben an Ortstafeln und Wartenstafeln. Der Vorstand des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper hat in seiner Sitzung am 11. November beschloffen, seinen Mitgliedern Folgendes bekanntzugeben: „Nach Artikel 6 der Verordnung vom 25. August 1921, Slg. Nr. 324, haben die Ausschreiben an den Ortstafeln in der Staatsprache und im Falle eines diesbezüglichen Gemeindevertretungsbeschlusses auch in einer ande-

ren Sprache zu erfolgen. Nach Artikel 7, Absatz 4, dieser Verordnung haben sich bei doppelsprachigen und mehrsprachigen Tafeln die anderen Sprachauschriften unter den tschechischen Ausschreiben zu befinden. Die Gemeinden müssen also vorerst wissen, wie ihr Name in der tschechischen Sprache lautet. Nach Artikel 1 der bezogenen Verordnung hat der Minister des Innern für jede Stadt, Gemeinde, und Ortschaft (Ortschaftsteil) den amtlichen Namen zu bestimmen, den die tschechische Sprache ausgebildet hat. Die bezügliche Rundmachung des Ministeriums ist bis heute nicht erschienen. Die Gemeinden wissen also derzeit tatsächlich nicht, welchen tschechischen Namen sie führen und sind deshalb noch garnicht in der Lage, dem Runderlasse des Ministeriums des Innern vom 9. September 1921, Zahl 68.133—14, (Verordnungsblatt, 3. Jahrgang, Nr. 8, Seite 281) zu entsprechen und die vorgeschriebenen Ortstafeln anzubringen. Was die Bezeichnung der Gassen und Plätze betrifft, so sind die Gemeinden nach dem Gesetze vom 14. April 1920, Slg. Nr. 266, nur verpflichtet, die nach § 7 auflösbaren Bezeichnungen zu entfernen und durch neue zu ersetzen. Dies dürfte aber wohl bereits in allen Gemeinden geschehen sein. Täggen sind die Gemeinden durch dieses Gesetz nicht gehalten, alle Gassen und Plätze einer Umbenennung zu unterziehen. Sollte ein befürchteter Ausbruch dies anordnen, so wären dagegen die entsprechenden Rechtsmittel einzubringen. Der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper ersucht, ihn von allen derartigen Austrägen zu verständigen.

Als Erbschneider gebrandmarkt wurde der Zaager Kommunist Feuermann, der den Genossen Kaufmann in einer Versammlung beschuldigt hatte, nach dem Dezemberstreik gemeinsam mit den Unternehmern schwarze Listen aufgestellt zu haben. Genosse Kaufmann leugte und Feuermann wurde schon im Mai in einer Gerichtsverhandlung, zu der er nicht erschienen war, zu sechs Tagen Arrest oder 300 Kronen Geldstrafe und zur Verabfolgung der Kosten verurteilt. Feuermann legte gegen das Urteil Berufung ein. Samstag fand neuerlich eine Verhandlung statt. Aber die Zeugen, die Feuermann zur Erbringung des Wahrheitsbeweises aufgebracht hatte, sagten durchwegs „nein“ für Kaufmann aus. Infolgedessen wurde das erste Urteil — und damit auch das allgemeine Urteil über Feuermann — bestätigt.

Glas-Notgeld. In dem Notgeld aus Pörschitzan gefaßt sich jetzt auch solches aus Glas. In Böhmen plant man nämlich neuerdings die Herstellung von Kleingeld aus Glas. In Betracht käme weißes oder gelbes Milchklass. Die Herstellungskosten würden sehr niedrig sein.

Das Schulkind in Pörschitz. Die einzige Mädchenbürgerschule in Pörschitz besteht aus acht ungarischen und drei deutschen Klassen. In den ungarischen Klassen sind 310, in den deutschen 111 Schülerinnen. In den acht ungarischen Klassen versehen neun ordentliche Bürgerkullehrer den Unterricht, in den drei deutschen Klassen eine Lehrkraft. Außerdem sind noch sieben Stundengeber in der Schule beschäftigt. Die Lehrkräfte verrichten eine sehr schwere und gewissenhafte Arbeit und die Stadtgemeinde beschloß deshalb, für die ungarischen Klassen eine und für die deutschen Klassen drei Lehrstellen zu systemisieren. Das Ministerium für die Slowakei aber hat die neuen Stellen nicht genehmigt und den Beschluß der Gemeinde mit der Begründung abgewiesen, daß die neuen Stellen das Budget zu stark belasten würden und

weil die Ungarn ohnehin viele Schulen haben (in der Mädchenbürgerschule wollte man den deutschen Unterricht entwickeln!) darunter manche ziemlich überflüssig sind. Dem slowakischen Ministerium erscheint also der Unterricht für die Kinder der Minderheitsnationen ziemlich überflüssig! Diese slowakische Anschauung wird durch die Zustände, die in der Pörschitzer Mädchenbürgerschule herrschen, bestätigt. Sie hat weder einen Turnsaal noch einen Spielplatz noch einen Hof. Die meisten Zimmer sind dunkel, ununterbrochener Unterricht macht das Lüften beinahe unmöglich — kurzum, moderne Gefängnisse sind besser eingerichtet als diese Schule. Aber für den Minister für die Slowakei ist all dies, die Gesundheit der deutschen und ungarischen Kinder, ihre Erziehung, das Schulwesen der Minderheitsvölker, überhaupt ihre ganze kulturelle Entwicklung — überflüssig.

Ein Revolutionsdenkmal in Stettin. In Stettin wurde am 9. November ein von den organisierten Arbeitern Groß-Stettins gestiftetes prächtiges Denkmal eingeweiht, das den gelegentlich des Rapp-Butsch-Geschehens der Arbeiterklasse gewidmet ist. Die Figur versinnbildlicht den aus dem Schlafe erwachenden und der aufgehenden Morgenröte der Freiheit entgegenstehenden riesigen Proletariat. Um die ganze Anlage nebst den Gräbern der Rapp-Butsch-Opfer ist eine gärtnerische Anlage geplant. (In der Nacht zum 9. November hatten es hundert Hände fertig gebracht, das prächtige Denkmal mit roter Farbe zu besudeln. Sicher wieder ein Erfolg der gegenrevolutionären Hege. Die Beschädigung konnte bald wieder beseitigt werden. Der Regierungspräsident hat eine Belohnung von 3000 Mark auf die Ergreifung der Täter ausgesetzt.) Der Weisheit vollzog sich vor einer riesigen Volksmasse aus allen proletarischen Organisationen. Weitere viele Tausende umstanden die Denkmalstätte. Zahllose Banner und Blumenspenden boten den äußeren Schmuck. Die Weisere hielt Reichstagsabgeordneter Genosse Vogtherr. Orchestermusik und große Gesangschor verhörschten die sehr würdige Feier, an die sich ein fast endloser Demonstrationzug durch die Hauptstraßen der Stadt anschloß.

Der verbotene und wieder zugelassene Schiller. Die Stadt Andernach a. Rh. gab vor einiger Zeit Notgeldscheine zum Betrage von 25 Pfennige heraus, die als Aufschrift den Spruch aus Schillers „Braut von Messina“ zeigten: „Die fremden Eroberer kommen und gehen, wir gehorchen, aber wir bleiben stehen.“ Die amerikanische Besatzungsbehörde hat diese Scheine verboten, sie aber nach einiger Zeit wieder freigegeben. Wahrscheinlich ist ihr zum Bewußtsein gekommen, daß die erste Zeile nicht gegen den Friedensvertrag verstößt, da doch die besetzenden Mächte nicht ewig am Rhein bleiben wollen, und daß sie schließlich nichts Besseres verlangen kann, als wenn die Bevölkerung von Andernach, wie es in der zweiten Zeile geschieht, schwarz auf weiß ihre Bereitwilligkeit zum Gehorsam erklärt.

Aushebung einer Einbrecherbande. Am 7. November wurden drei junge Männer beobachtet, welche in der Solofstraße in der Wohnung des Direktors der Bürgerschule Anton Knojemsky die Türe erbrochen und von dort Gelder und Wäsche im Werte von über 30.000 Kronen entwendet hatten. Während die Detektive die Wohnung untersuchten, kam zu ihnen der bekannte Einbrecher Jaroslav Friedrich und fragte, ob dort ein Diebstahl vorgefallen wäre. Die Detektive verhafteten ihn sofort. Es wurde konstatiert, daß seine Genossen die bekannten Räuber Josef Sablik und Franz Vanda sind, von deren Verhaftung in der Pörschitz und dem Redolverkauf mit den Detektiven bereits berichtet wurde. Sablik und

eine jede anders, und du hast nichts zu tun, nur darauf zu achten, was sie dir immer sagen wollen. Denn es hat immer Sinn und Bedeutung. Und niemals wiederholt sich ein Laut, wenn du nur dein Ohr genug schärfen kannst, und selbst der Sturmwind, wenn er sich hineinlegt in den Wald und die Bäume müssen mitschwingen und wollen nicht und zittern vor Zorn, selbst der hat immer einen anderen Ton und eine neue Weise.

„Und dann die Regenzeit! Die Tropfen fallen dir den ganzen, ganzen Tag. Das klatsch und klatsch und löst förmlich und schlurft über das Dach und zischt und riesel. Und das ist, als hätten graue Gespenster einen grauen Mantel umgeschlagen und der Wind treibe sie und sie huschten durch den Wald. Und du willst es malen, und es geht garnicht. Und du wirst ordentlich krank und schlüchzig nach einem Blickchen Sonne, und taub wirst du von dem traurigen Lärm und du hörst nichts, nur immer wieder dasselbe, und dein Spitz wackelt und winkelt und will hinaus und bleibt an der Türe stehen und er schauert über das ganze Fell. Und durch die grauen Strähne blinkt es, macht große Bogen und springt dir ins Gesicht und zerfliehet: der erste Schnee.

„Ich bin nach Hause. Und mein Bruder und meine Schwägerin, der Josef und die Josefa, haben sich sehr mit mir gefreut und mich tun lassen, was ich eben hab' wollen.

„Erst hab' ich mich freilich wieder an Menschen gewöhnen müssen. Natürlich, und ich war ihnen auch fremd. Der Studierte! Und noch dazu, der auf etwas lernt, auf das man sich schon gar keinen Reim nicht weiß. Aber man

hat sich innerlich oern gehabt, und dann verflucht man einander bald und ehrlich wieder, und es ist eben gut.

„Aber nirgends ist ein Mühsner so sehr verloren wie im Dorf, wo es außer ihm keinen sonst gibt. Der Tag eine Länge, als geriete wer an ihm — nicht zum glauben. Und zum Abend geht man ins Kasino und sieht zu, wie die Beamten Karten spielen und sich bewundern, wie gut sie's können, oder auf dem Billard liegen, und trinkt seine paar Glas Bier und vertut seinen Gulden, und ist glücklich, wenn man wieder einmal schlafen gehen darf.

„Unzufrieden aber bin ich mit mir nicht gewesen. Ich hab' nichts zusammengebracht, aber schon gar nichts. Aber mir ist vorgekommen, das muß so sein. Und ich warte so innerlich. Das ist nicht anders wie mit einem Feld, wenn du mitten im Winter daran vorbeigehst. Eins sieht aus wie das andere. Aber weil der Boden gut ist, so muß du glauben, man hat ihn bestellt, und kommt erst die Zeit, so wird es schon auffrischen, und du wirst sehen, was da ganz insgeheim gewachsen und geworden ist, und wozu es taugt und gut ist. Denn einpflanzen, das ist eine sehr dumme Geschichte.

„Es ist ein sehr schönes Frühjahr geworden. An zurück nach Wien hab' ich keinen Augenblick gedacht. Was hab' ich denn da wollen? Aber ich war unruhig und recht sehr ohne Lust zu allem, weil doch jeder gewohnt hat, was er mit sich anfangen soll, ohne Wink und ohne Wort, nur ich nicht mit meinem Studium und samt meiner Akademie. Ich bin viel um das Dorf gestrichen, das sich in sein Tal hin-

streckt, als wollt' es sich verstecken, weil es da warm ist. Hat keinen Grund dazu. Es kann sich immer noch sehen lassen. Nicht ein einziges Strohheck ist mehr da, nur Schiefer oder Ziegel, und es geht den Leuten gut. Also ich bin gebummelt. Ein paar Stimmungen waren da; nicht viele, aber doch einige — wer die paden könnte, ganz etwischen, der wär' schon was.

„Und dabei war noch etwas, was mich gequält hat immer mehr und mehr, wie der Tag länger und das Licht dauerhafter und besser geworden ist. Nämlich, die Landschafterei hat mich nicht mehr gefreut. Natürlich, ich habe sie doch nicht einmal noch gekannt. Sie war mir nicht mehr genug. Und ich habe nicht geglaubt oder das Vertrauen gehabt, ich könnte in ihr das ausdrücken, was ich den Menschen sagen will. Und in der Kunst ist doch das Höchste der Mensch. Denn auf ihn zielt alles. Und nur wer ihn nach sicher kann, der kann ihn auch in den Kleinern bilden, daß man an ihn glaubt und er dasieht, wie er soll.

„Aber das braucht vieles Studium und großen Fleiß. Und auf der Akademie hab' ich das nicht treiben wollen; warum nicht, hab' ich dir schon gesagt. Und nun hat mich das geärgert, und es war mir ein Veräumnis, und ich habe durchaus nicht gewußt, wie macht man das jetzt gut? Und gar hier? Und das ist und das macht doch schon verdrießlich.

„Mit meinem Bruder hätt' ich nicht davon reden können. Der hätt' doch kein Wort davon verstanden. Und hätte mich für verdriekt oder voll von sündhaften Gedanken gehalten. Aber — woher ein Model nehmen

da auf dem Dorf und wie die verstehen lernen, was man eigentlich will von ihr? Man frugt Kopfweh und gänzlich krank: Gedonk, a dab-u.

„Sie sind ja nicht so stilllich. Wenn es einer mit einer hat, so ist da weiter nichts, und hat er's mit mehreren, dann hat er eben Glück, und sie sollen klüger sein und aufpassen; und kriegt ein Mädel ein Kind, so regt man sich weiter nicht auf. Ist sie sonst nur brav, so heiratet sie der, oder es nimmt sie schon ein anderer, oder sie geht in die Stadt und hat also ihr Fortkommen. Aber stillam sind sie durch die Bank. Sehr stillam. Und dies alles ist erhört und alt; aber was ich hätte begehren müssen, das wäre unerhört und neu, und man hätte sich also betreuigt und entsetzt davor. Und in der Stadt war gar nichts für mich zu finden. Denn, was es da gab — du lieber Gott!

„Ohnedies, man hat mir nicht ganz getraut. Ich war schon zu lang fort gewesen. Und mein Bruder war auch nicht zufrieden mit mir. Nur sagen hat er mir nichts können und hat sich's nicht getraut. Denn ich hab' doch von keinem gelebt.

„Die erfahren aber ich bin und wie ich was möcht', ohne zu wissen was, dies hat ein jeder merken müssen. Und zwischen Josef und Oftern war es ganz besonders schlimm mit mir. Denn da sollen die Keder bestellt sein, und in mir ist eine große Brache gewesen. Und man sieht doch ordentlich, wie alles im Leben drängt und es garnicht mehr erwarten kann, und in mir will sich gar nichts regen.

(Fortsetzung folgt.)

Venda haben, wie sich während der Untersuchung zeigte, mehrere größere Einbruchdiebstähle durchgeführt, wobei sie hauptsächlich Gold- und Silbergegenstände, Juwelen und Kleider im Gesamtwerte von 120.000 Kronen entwendeten. Sie fanden mit einer Anzahl von Diebinnen in Verbindung, welche die Gold- und Silbergegenstände auseinandernahmen, die Metalle einschmolzen und sofort weiterverkauften. Venda gelang es darum so viele Einbrüche unbeschadet durchzuführen, weil er in die Wohnungen zu kommen pflegte, sich als Vertreter einer Schutzgesellschaft gegen Einbruch ausgab und dabei die ganze Wohnung genau auf ihre Sicherheit prüfte. Alle drei Räuber sind schon mit mehrjähriger Haft vorbestrafte Diebe. Friedrich ist dadurch bekannt, daß er vor Jahren seinen Dinkel in rüberischer Mähdraht überfallen hatte und daß er im Kriege im Umhauer Kreis betrügerische Requisitionen durchführte.

Ein Opfer des sozialen Elends. Die 28jährige Marie Kofetschek aus Unter-Slowenien bei Rudweis gebar am 1. November ein Mädchen. Als sie aus dem Gebärdhaus entlassen wurde, war sie untergrundlos und wurde deshalb in den Verein „Sachana“ in Sellschowitz aufgenommen. Am 13. November in der Nacht wurde das Kind der Kofetschek tot aufgefunden und sie bekannt, daß sie es im Schlafe erdrückt habe. Es besteht der Verdacht, daß sie sich des Kindes mit Gewalt entledigt hat. Darum wurde sie dem Landstuhlsgericht eingeliefert.

Anträge zum Parteitag.

(Fortsetzung.)

Nr. 12, Antrag der Lokalorganisation Marienbad und Aufschowitz zu Punkt 3 „Die parlamentarische Tätigkeit“:

Der Parteitag wolle den Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten beauftragen, bei den zuständigen Regierungsstellen folgenden Antrag einzubringen:

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserleitung, Luftpumpen, Parks, Moorlagen und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat. Die Gemeinden Marienbad und Aufschowitz sind in einer politischen Gemeinde zu vereinigen.

Begründung: Die Stadtgemeinde Marienbad hat als Einnahme nur die Kursteuern, wovon sie alle Ausgaben, die zur Instandhaltung und dem Betriebe des Kurortes erforderlich sind, wie Löhne für die Arbeiter, Gehälter für die Beamten, Posten und Kurmusikern usw. bestreiten muß. Die Wälder und die Mineralwasserleitung jedoch, welche die Haupteinnahmen des Kurortes bilden, sind vom Stille Tepl an ein Konsortium aus Pilsen verpachtet, welches die Haupteinnahmen des Kurortes besitzt. Aus diesem unhaltbaren Verhältnis ergibt sich für die Allgemeinheit und hauptsächlich für die arbeitende Bevölkerung der traurige Zustand, daß Arbeiter, welche ein ganzes Menschenalter in den Stille Tepler Betrieben beschäftigt waren, von dem Konsortium entlassen wurden und nun der bittersten Not preisgegeben sind, während die Stadtgemeinde immer tiefer in Schulden gerät, der Armenversorgung nicht mehr gerecht werden kann und unbedingt notwendige, im öffentlichen Interesse liegende Arbeiten nicht durchführen kann. Um sich wirtschaftlich zu heben, hat die Stadtgemeinde Marienbad im Januar 1920 bei der Regierung beantragt, daß das sogenannte Villenviertel der Gemeinde Aufschowitz, mit welcher Gemeinde die Gemeinde Marienbad territorial und auch wirtschaftlich bereits ein Ganzes darstellt, von der Gemeinde Aufschowitz abgetrennt und nach Marienbad eingemeindet werde. Hierbei muß jedoch vom öffentlichen Standpunkte her berücksichtigt werden, daß durch diese Abtrennung der Gemeinde Aufschowitz, welche 3078 Personen zählt, ein Drittel ihrer Steuerleistung und mehr als die Hälfte der Ausgaben von den Aufschowitzern usw. entgehen würde. Durch die Abtrennung würde die Gemeinde Aufschowitz bloß 90 Personen, welche sich in ziemlich guter Vermögenslage befinden, verlieren, während die gesamte arme Bevölkerung der Gemeinde, welche sich hauptsächlich nur durch den anliegenden Kurort dafolbst anständig gemacht hat und welche das Hauptkontingent der Arbeiter für den Kurort stellt, erhalten bliebe. Die Aufschowitzern würden sich in der Gemeinde Aufschowitz nicht vermindern, durch den Entzug der Umlagen und Ausgaben aus dem Villenviertel und der sich heidernden Ausgaben für die Armenversorgung würde die Gemeinde Aufschowitz jedoch an ihrem Lebensnerv getroffen und wirtschaftlich zur Ruine gerichtet. Diesem Uebelstand kann nur durch eine Gesamtinkorporation der Gemeinde Aufschowitz begegnet werden, wofür auch der Umstand spricht, daß die Hausbesitzer in Aufschowitz, gleichwie die Hausbesitzer in Marienbad Hausbesitzer zahlen und Steuern des Kurortes Marienbad im Gebiete der Gemeinde Aufschowitz liegen. Es wurden bereits zweimal Abtrennungen von der Gemeinde Aufschowitz und Eingemeindungen dieser Teile nach Marienbad vorgenommen und der Umstand, daß man nun wiederum einen Teil dieser Gemeinde haben will, ist eben, daß die Notwendigkeit der Zusammenlegung beider Gemeinden durch die fortgesetzten Verordnungen der Gemeinde Aufschowitz aus Anlaß des Kurortes gegeben ist. Der alte Standpunkt der Staatsverwaltung, der Gegenstande unbedingt gewahrt werden muß, ebenfalls zu keinem anderen Schlusse kommt, als aus beiden Gemeinden ein einheitliches Gemeinde zu schaffen, daß sich in verfassungsmäßiger Hinsicht und in jeder anderen Richtung gewiß bewahren wird.

Nr. 13, Antrag der Lokalorganisation Mährisch und Binauburg zu Punkt 3 „Die parlamentarische Tätigkeit“:

Der Parteitag wolle beschließen, daß der neuwähle Parteivorstand nach Beendigung des Parteitaags sofort mit der Durchführung des vorläufigen Parteitaags beauftragt werden soll.

Nr. 14, Antrag der Bezirksorganisation Brünn zu Punkt 3 „Die parlamentarische Tätigkeit“:

Der Parteitag wolle beschließen, der Parteivorstand wird beauftragt, alle Mittel und Wege zu suchen, um eine Einigung mit den tschechischen Genossen zu erzielen.

Nr. 15, Antrag der Bezirksorganisation Böhmen zu Punkt 3 „Die parlamentarische Tätigkeit“:

Der Parteivorstand wird beauftragt, gemeinlich mit der Zentralgewerkschaftskommission, die im Gesetze betreffend die Arbeitslosenunterstützung vom 12. August 1921 und in der Durchführungsvorschrift vom 22. August 1921 bestehenden Mängel, welche einen Großteil von Arbeitern, besonders alte Arbeiter, ausschließt, zu beseitigen.

Nr. 16, Antrag der Bezirksorganisation Teplice zu Punkt 3 „Die parlamentarische Tätigkeit“:

Der Parteitag beauftragt die Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren, in der nächsten Session mit allen verfügbaren Mitteln für die Trennung von Kirche und Staat und Kirche und Schule einzutreten.

Nr. 17, Antrag der Bezirksorganisation Prag zu Punkt 3 „Die parlamentarische Tätigkeit“:

Der Parteitag wolle beschließen, der Parteivorstand wird beauftragt, alle Mittel und Wege zu suchen, um eine Einigung mit den tschechischen Genossen zu erzielen.

Nr. 18, Antrag der Bezirksorganisation Prag zu Punkt 3 „Die parlamentarische Tätigkeit“:

Der Parteitag wolle beschließen, der Parteivorstand wird beauftragt, alle Mittel und Wege zu suchen, um eine Einigung mit den tschechischen Genossen zu erzielen.

Nr. 19, Antrag der Bezirksorganisation Prag zu Punkt 3 „Die parlamentarische Tätigkeit“:

Der Parteitag wolle beschließen, der Parteivorstand wird beauftragt, alle Mittel und Wege zu suchen, um eine Einigung mit den tschechischen Genossen zu erzielen.

Nr. 20, Antrag der Bezirksorganisation Prag zu Punkt 3 „Die parlamentarische Tätigkeit“:

Der Parteitag wolle beschließen, der Parteivorstand wird beauftragt, alle Mittel und Wege zu suchen, um eine Einigung mit den tschechischen Genossen zu erzielen.

Nr. 21, Antrag der Bezirksorganisation Prag zu Punkt 3 „Die parlamentarische Tätigkeit“:

Der Parteitag wolle beschließen, der Parteivorstand wird beauftragt, alle Mittel und Wege zu suchen, um eine Einigung mit den tschechischen Genossen zu erzielen.

Nr. 22, Antrag der Bezirksorganisation Prag zu Punkt 3 „Die parlamentarische Tätigkeit“:

Der Parteitag wolle beschließen, der Parteivorstand wird beauftragt, alle Mittel und Wege zu suchen, um eine Einigung mit den tschechischen Genossen zu erzielen.

Nr. 23, Antrag der Bezirksorganisation Prag zu Punkt 3 „Die parlamentarische Tätigkeit“:

Der Parteitag wolle beschließen, der Parteivorstand wird beauftragt, alle Mittel und Wege zu suchen, um eine Einigung mit den tschechischen Genossen zu erzielen.

Nr. 24, Antrag der Bezirksorganisation Prag zu Punkt 3 „Die parlamentarische Tätigkeit“:

Der Parteitag wolle beschließen, der Parteivorstand wird beauftragt, alle Mittel und Wege zu suchen, um eine Einigung mit den tschechischen Genossen zu erzielen.

Nr. 25, Antrag der Bezirksorganisation Prag zu Punkt 3 „Die parlamentarische Tätigkeit“:

Der Parteitag wolle beschließen, der Parteivorstand wird beauftragt, alle Mittel und Wege zu suchen, um eine Einigung mit den tschechischen Genossen zu erzielen.

Die Konferenz von Washington.

Die erste Sitzung.

Nach der Eröffnung der Konferenz durch Harding erörterte Staatssekretär Hughes das erste Hauptthema der Konferenz, die Frage der Rüstungseinschränkungen zur See. Er beantragte, den Bau von Schiffen erster Klasse aufzugeben, bzw. aus dem Rüstungsprogramm der Staaten zu streichen, und gewisse ältere Schiffe auszurangieren. Der künftige Flottenbestand der Staaten soll in einem bestimmten Verhältnis zur gegenwärtigen Tonnage der Schiffe erster Klasse und eines Bruchteiles von Hilfskriegsschiffen stehen. Als Ersatz älterer Schiffe sollen zehn Jahre lang keine Schiffe erster Klasse, sondern Fahrzeuge von höchstens 35.000 Tonnage gebaut werden, von England und den Vereinigten Staaten höchstens 500.000, von Japan 300.000 Gesamttonnage. Die Zahlen für Frankreich und Italien soll die Konferenz bestimmen. Da Handelsluftfahrzeuge nicht für Kriegszwecke hergerichtet werden können, will Hughes ihren Bau freigeben sehen. Nach diesem Vorschlag hätte England den Bau von 4 neuen Schiffen einzustellen und alle Panzerschiffe erster und zweiter Klasse zu kassieren. Japan hätte den Bau von 2 Panzerschiffen, 4 Schlachtschiffen die sich im Bau befinden, und 10 Dreadnoughts 2. Klasse zu kassieren. Die Tonnage der bestehenden Flotte für England und die Vereinigten Staaten auf je 620.000 Tonnen, für Japan auf 338.000 Tonnen beschränkt. Der Rest, das sind in den Vereinigten Staaten 618.000 Tonnen, in England 583.000 Tonnen und in Japan 17 große Einheiten, müßte unverzüglich vernichtet werden.

Nach der Rede Hughes wurde aus den Führern der Delegationen der fünf Hauptmächte eine Abrüstungskommission gebildet. Danach hielt Briand „über stürmische Verlaute“ der amerikanischen Parlamentsmitglieder eine „improvisierte“ Rede, in welcher er nach gewohnter Weise Frankreich als das weiße Friedenssaum ohne militärische und

imperialistische Ziele hinstellte. Darauf vertrat sich die Konferenz bis Dienstag vormittags. Die Öffentlichkeit ist von Hughes Programm pflichtgemäß begeistert, doch drücken die englischen, französischen und japanischen Berichterstatter bei aller Anerkennung auch gewisse Zweifel über die Erfüllbarkeit des Programmes aus.

Der Bluff hat gewirkt.

Paris, 14. November. Stephan Laujanne faßelt dem „Matin“ aus Washington, Hughes Vorschlag habe einen ungeheuren Eindruck hervorgerufen, hier Freunde, da Beunruhigung, überall aber Bestürzung. Ein Meteor, der vom Himmel gefallen wäre, hätte keinen niederschmetternden Eindruck machen können. Die Japaner hätten trotz ihrer Selbstbeherrschung ihre Bestürzung nicht verbergen können und auch der englische Admiral habe dies deutlich erkennen lassen. Laujanne nennt den Vorschlag besonders geschickt, weil er die Beschränkung der Rüstungen zu Lande aus der Erörterung ausgeschaltet habe, die angesichts der augenblicklichen unbekanntem Entwicklung der Verhältnisse in Rußland und Deutschland nur schwerlich zu einem Ergebnis führen könnte. England und Japan würden vielleicht eine Frist verlangen, um sich zu entscheiden.

Ablehnung des Abrüstungsvorschlages bedeutet Krieg?

London, 14. November. Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News“, Wilson Harris, der sein Blatt auf der Washingtoner Konferenz vertritt, meldet: Die Ablehnung des amerikanischen Abrüstungsvorschlages durch eine der beiden Nationen, an die er gerichtet sei, würde um so sicherer Krieg bedeuten, wie die Annahme des Vorschlages die Einleitung einer neuen Ära der Hoffnung sein würde. Der Berichterstatter ist der Ansicht, daß die Frage, ob der amerikanische Plan angenommen wird, nicht in Washington, sondern in London und Tokio beantwortet wird.

Ein Erfolg der Konferenz von Vortorose.

Einigung über die Verwendung des gemeinsamen Fahrparkes.

Vortorose, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Vortorose sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt. In den schwierigsten Fragen, deren Erörterung in Vortorose zu erwarten war, gehört zweifellos diejenige des sogenannten gemeinsamen Fahrparkes. Daraus, daß der Fahrpark der ehemaligen österreichischen und ungarischen Staatsbahnen erst zum Teile in das Eigentum der einzelnen neuen Staaten übergeben werden konnte, und daß die Aufteilung der insgesamt etwa 200.000 Wagen umfassenden Aufstellungsmasse nicht nur infolge der tschechischen Schwierigkeiten der Vorarbeiten, sondern insbesondere auch dadurch aufgehalten wurde, daß eine Entscheidung der Reparationskommission über gewisse Fragen unzulässig ist, sind dem Verstreuen der Nachfolgestaaten seit langem überaus fühlbare Hindernisse erwachsen. Alle bisherigen Bemühungen, diese Schwierigkeiten praktisch zu beseitigen, haben sich als vergeblich erwiesen. In Vortorose ist es nun endlich dem aus Sachleuten

aller sieben Nachfolgestaaten sowie Englands und Frankreichs bestehenden Subkomitee gelungen, eine Lösung zu finden, die diese Schwierigkeiten ab Jänner 1922 aus dem Wege räumt. Von diesem Zeitpunkte an werden die Wagen des bisher gemeinsamen Wagenparkes bis auf einen geringen Rest nicht nur zwischen den Nachfolgestaaten, sondern auch nach dem alten Auslande freizügig verwendbar sein und ebenso wie alle übrigen, den einzelnen Verwaltungen gehörigen Wagen, nach den internationalen Vereinbarungen (Wagenvereinbkommen des Vereines deutscher Eisenbahnverwaltungen, internationales Übereinkommen von Stresa), behandelt werden. Die Lösung besteht nämlich in einer provisorischen Wagenzuweisung, deren Auslöschung nach technischen Rücksichtungen durch die indessen weiter fortschreitenden Aufteilung des Wagenparkes im Sinne der Friedensverträge nachträglich erfolgen wird. Auch der Fortschritt der übrigen Arbeiten der Transportkommission ist befriedigend und verspricht bald nach Mitte November zu einem Abschluß der Beratungen der Konferenz zu führen. Die übrigen Kommissionen dürfen schon früher ihre Arbeiten beenden.

Das Kreditangebot der Deutschen Industrie.

Die französische Presse gegen die Bedingungen der Industriellen. — Ein Moratorium für Deutschland?

Berlin, 14. November. Die Abendblätter bringen nach der „East Europe“ einen Artikel aus Paris, die A. S. sei überzeugt, daß die Bedingungen der deutschen Industrie skandalös und mit dem Wortlaute des Friedensvertrages unvereinbar seien. Wenn die Industriellen den Sieg über die Regierung davontragen sollten, würden die Alliierten nicht zögern, energisch in Berlin zu intervenieren. Die probierende Haltung der deutschen Großindustriellen hat dem „Journal“ zufolge auch auf die englischen Mitglieder der Reparationskommission einen unangenehmen Eindruck gemacht, sodaß sie merklich abgekühlt seien und die Haltung der deutschen Industriellen als eine schreiige betrachten. Das erste Ergebnis dieser Brutalität der deutschen Industriellen sei, daß die Bande zwischen den englischen und den französischen Mitgliedern der Reparationskommission enger geknüpft worden seien. In der Reparationskommission wäre davon die Rede gewesen, Deutschland für die am 15. Jänner zu leistenden Zahlungen ein Moratorium zu gewähren.

Die französische Presse gegen die Bedingungen der Industriellen. — Ein Moratorium für Deutschland?

Nr. 14, Antrag der Bezirksorganisation Brünn zu Punkt 3 „Die parlamentarische Tätigkeit“:

Nr. 14, Antrag der Bezirksorganisation Brünn zu Punkt 3 „Die parlamentarische Tätigkeit“:

Nr. 15, Antrag der Bezirksorganisation Böhmen zu Punkt 3 „Die parlamentarische Tätigkeit“:

Nr. 16, Antrag der Bezirksorganisation Teplice zu Punkt 3 „Die parlamentarische Tätigkeit“:

Nr. 17, Antrag der Bezirksorganisation Prag zu Punkt 3 „Die parlamentarische Tätigkeit“:

Nr. 18, Antrag der Bezirksorganisation Prag zu Punkt 3 „Die parlamentarische Tätigkeit“:

Nr. 19, Antrag der Bezirksorganisation Prag zu Punkt 3 „Die parlamentarische Tätigkeit“:

Nr. 20, Antrag der Bezirksorganisation Prag zu Punkt 3 „Die parlamentarische Tätigkeit“:

Betrügerische Volkskommissionäre.

Anlage vor dem Obergericht.

Moskau, 14. November. (Funk.) Ueber Antrag des Volkskommissariates für Volksernährung hat der allrussische Zentralvollzugsausschuß beschlossen, die Volksernährungskommissionäre der Gouvernements Kursk, Orenburg, Orel, Smolensk, Tula und Wjatka wegen mißbräuchlicher Verwaltung der Lebensmittelvorräte vor das Obergericht zu stellen.

Befehung des Burgenlandes.

Unter Jubel der Bevölkerung.

Wien, 13. November. Amüslich wird gemeldet: Auf Grund des von der Regierung erhaltenen Auftrages hat das Bundesheer heute abschließend die Befestigung des Burgenlandes mit Ausschluß des Abstimmungsgebietes von Ledersburg begonnen, ohne auf Widerstand von Freischärlern oder Banden zu stoßen.

Der Generalfreife in Rom.

Wiederaufnahme der Arbeit.

Rom, 14. November. (Tele.) Heute morgen wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Straßenbahnen, Autolaxi und Piater verkehren regelmäßig. Alle Blätter, auch die Abendblätter, sind erschienen. Um 6 Uhr früh haben die Eisenbahner von Rom den Dienst wieder aufgenommen. Die Stadt hat wieder ein normales Aussehen.

Die Grenzen Albanien.

Die Südslawen fühlen sich von der großen Entente verraten.

Belgrad, 12. November. (Tele. V.) Die Entscheidung der Balkankonferenz über die Grenzen Albanien ohne Berücksichtigung der südslawischen Forderungen hat in hiesigen politischen Kreisen großes Bestreben hervorgerufen. In der Öffentlichkeit wird dem schmerzlichen Empfinden über diese Geringschätzung des Kriegsproblems, treuen Verbündeten Ausdruck verliehen. Eine besondere Verschärfung der albanischen Frage erblickt man in der von England erhobenen unerwarteten und nach der Sachlage völlig unbegründeten Anlage des südslawischen Königreiches bei der Liga der Nationen auf Grund des Artikels 16. Ebenso erweckt die Nachricht, daß die Reparationskommission sich für die mehrjährige Stundung der bulgarischen Kriegsschuldung einsetzen werde, einen peinlichen Eindruck, da hierdurch die Erfüllung der Vertragsverpflichtung seitens Bulgariens zum Nachteil des Königreiches SHZ. auf unbestimmte Zeit verlegt werde. — Mit Deutschland ist ein Einvernehmen betreffend die Lieferung von 400 Lokomotiven und von 1000 Waggons im Gesamtwert von 1.700.000.000 Mark erzielt worden.

Reichskonferenz der Bergarbeiterverbände.

Am Freitag in Prag.

Teplitz, 14. November. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“) Die Sitzung der koalitierten Bergarbeiterverbände vom 14. ds. M. hat sich mit der derzeitigen kritischen Situation im Kohlenbergbau beschäftigt und beschlossen, für Freitag, den 18. ds. M., eine Reichskonferenz der Bergarbeiter, an der die Vertreter aller Reviere der drei Organisationen und die Obmänner aller Revierräte teilnehmen, nach Prag einzuberufen. Weiters wurde beschlossen, daß die Vertreter der Verbände schon vor der Reichskonferenz bei der Regierung vorseprechen, um auf die drohende Situation im Bergbau aufmerksam zu machen und den Standpunkt der Regierung zu erfahren.

Kleine Chronik.

Eisenbahnunglück bei Gloggnitz. Gloggnitz, 13. November. Heute um 9 Uhr vormittags ist der Personenzug 101 beim Einfahrtssignal in die Station Gloggnitz in den Güterzug 358 aufgefahren. Sechs Wagen des Güterzuges wurden zertrümmert, wobei ein Kondukteur dieses Zuges getötet und ein zweiter Kondukteur leicht verletzt wurde. Von den Passagieren und dem Personal des Personenzuges wurde niemand verletzt.

Ein Fortschritt der radiotelephonischen Technik. Paris, 13. November. (Globe.) Der technische Beitrag auf der Washingtoner Konferenz Girardou hat bei der Eröffnung des radiotelephonischen Dienstes an Bord des französischen Dampferbootes „Paris“ in einer aus einer Entfernung von 1000 Kilometern auf radiotelephonischem Wege an den Unterstaatssekretär für Telegraphen Laffont Thomas erlassenen Meldung festgelegt, welche prächtige Fortschritte durch die radiotelegraphische französische Technik erzielt wurden.

Uebersiedlung der Wiener tschechoslowakischen Gesandtschaft. Wien, 14. November. Die tschechoslowakische Gesandtschaft in Wien überläßt dieser Tage von ihrem bisherigen Sitz, 18. Bezirk, Penzingerstraße 11, in das Lobkowitzpalais, 1. Bezirk, Lobkowitzplatz 2. Das Generalkonsulat verbleibt weiterhin im Ciembertondpalais.

Erschließung eines Penitentens. Wiesbaden, 14. November. In der Fabrik Routh in Dornheim ist heute mittags ein Penitent entlassen worden, der im Keller untergebracht war, erkrankt

Schöpfer der sozialistischen Geschichtsphilosophie mächtig eingewirkt. Der Entwicklungsgang von Marx ging von Hegel aus zur Überwindung Hegels, und jede historische Betrachtung über das Werden von Marx und seinem Werk, über die Ideen der sozialistischen Bewegung muß sich daher mit Hegel befassen.

Oesterreichischer Kesselfeind in der tschechischen Armee. Ein Genosse, der beim 48. Infanterieregiment in Benschau dient und Abonnent des „Sozialdemokrat“ und des „Böhmerwald-Volksboten“ ist, schreibt uns in einem Briefe unter anderem: „Es ist schon wiederholt vorgekommen, daß mir die Zeitschrift „Sozialdemokrat“ und auch der „Böhmerwald-Volksbote“ von unserem Kommandanten Hauptmann... nicht ausgefolgt wurde. Ich frage daher die Genossen, ob es mir vielleicht nicht erlaubt ist, die Zeitungen zu halten.“ Die selbstverständliche Antwort lautet, daß niemand einem Soldaten das Abonnieren und Lesen seiner Zeitung verbieten kann und daß darum das Vorgehen solcher Kommandanten eine Unschämtheit ist. Wir kennen den Namen des Hauptmannes und die Nummer seiner Kompagnie, nennen sie aber im Interesse unserer Genossen nicht. Dem Rationalverteidigungsministerium aber, von dem wir für die ganze Armee sofortiges Einschreiten gegen solche Uebergriffe eigenmächtig handelnder Offiziere oder Unteroffiziere fordern, stehen die Daten jederzeit zur Verfügung.

Verprechen und Halten... In unserer Nummer vom 5. Oktober haben wir mitgeteilt, daß mit Beginn des heurigen Schuljahres, am 1. Oktober d. J., vom Prager Unterrichtsministerium die gewaltsame Enteignung der beiden Kinderpartei räume der Stadt Landkron durch die Gendarmerie durchgeführt wurde. Dieser Gewalttat des Ministeriums löste einen furchtbaren Sturm unter der Arbeiterschaft aus und die Arbeitermassen forderten am nächsten Tage in einer Demonstration vom Leiter der politischen Bezirksverwaltung Schutz für diese Arbeiterhumanitätsanstalt. Gleich nach dieser jeder gesetzlichen Grundlage entbehrenden gewalttätigen Räumung der beiden Kindergartensklassen sprachen zwei Vertreter der Stadt beim Minister für soziale Fürsorge und beimektionschef Abelt unter Führung der Abgeordneten Genossin Deutsch und des Abgeordneten Dr. Spina vor und erhielten von beiden Herren die bestimmte Zusage, daß in der aller nächsten Zeit eine Kommission von Prag, bestehend aus Vertretern des Unterrichts- und des Ministeriums für soziale Fürsorge diese Angelegenheit an Ort und Stelle prüfen wird. Sechs Wochen sind seit dieser Zusage vergangen aber bis heute war von einer Kommission nichts zu sehen. Werden so Versprechungen von Regierungsvertretern gehalten? Man hat das Empfinden, daß durch „Vertrauensmänner“ der Regierung die ganze Angelegenheit absichtlich in die Länge gezogen wird, um dadurch der gewalttätigen Verschlagnahme durch die Länge der Zeit die Härte zu nehmen. Und dazu brauchen wir einen Minister für soziale Fürsorge?

Ein schwacher Lichtblick. Riesengroße Plakate kündigen in Prag in tschechischer Sprache die für Mittwoch geplante Vorlesung Gerhart Hauptmanns an. In der Mitte der Plakate steht in großen Lettern geschrieben: „Die Vorlesung wird in deutscher Sprache stattfinden.“ Außerdem brachten tschechische Blätter am

Sonntag die Meldung von der Ankunft des Dichters. Noch darf zwar keine deutsche Ankündigung öffentlich dieses Ereignisses melden, noch klingt die Notiz der tschechischen Blätter nur sachlich. Aber wir wollen doch nicht die erfreuliche Tatsache übersehen, daß die Tschechen auf deutsche Kultur aufmerksam gemacht, auch aufmerksam sind. Es wäre nicht der schlechteste Weg, wenn auch die Kunst eine Brücke von Volk zu Volk schaffte.

Sie regen sich jedesmal auf, die Kommunisten, wenn ihnen die Sozialdemokraten in gleicher Münze heimgahen. Ihre letzte „Empörung“ wurzelt in Bodenbach und blüht in der „Internationale“. Die Bodenbacher Genossen haben nämlich den Kommunisten die Veräußerung der „Volksballe“ verwehrt und das ganz richtig damit begründet, daß den Sozialdemokraten jene Arbeiterheime, die sich in kommunistischen Händen befinden, auch nicht zugänglich sind, so zum Beispiel in Joachimsthal. Die „Internationale“ läßt, wenn sie behauptet, daß den Kommunisten in das Bodenbacher Arbeiterheim von Gendarmen verweigert wurde; aber sie läßt auch mit der Behauptung, vor kurzem sei in den sozialdemokratischen Blättern zu lesen gewesen: „In Joachimsthal ist die Mehrheit der Arbeiterschaft sozialdemokratisch.“ Die „Internationale“ soll uns diese sozialdemokratischen Blätter nennen und die Stellen zeigen, wo sie das behaupten; dann werden wir uns über diesen Punkt mit ihr auseinandersetzen. Ganz abgesehen davon aber ist die Haltung unserer Bodenbacher Genossen richtig und sie wird sich nicht ändern, mögen auch die empörten Kommunisten in ihrer Presse deswegen noch so viel Kravall machen.

Man braucht nicht noch mehr Geld. Nach dem österreichisch-ungarischen Zolltarif vom Jahre 1906 betrug der Einfuhrzoll für ein Maultier oder einen Esel fünf Kronen. Nach der Verordnung, die in der tschechoslowakischen Republik nunmehr vorbereitet wird, soll dieser Einfuhrzoll auf das Zehnfache erhöht werden. Jeder Esel, der nunmehr in die Republik will, wird an der Grenze fünfzig Kronen entrichten müssen. Wir finden das zwar ein wenig viel, aber wir wollen den Herrn vom Reich nichts dreinreden, die doch am besten wissen müssen, ob wir hierzulande schon genug Esel haben oder gar schon zuviel, sodah man fremden Eseln den Zutritt erschweren muß.

Ein nachahmenswerter Beschluß der Turner Stadtgemeinde. Der Büchereirat der Stadt Turn besaßichtigt, im November d. J. in einem Nebenraum der Stadtbücherei ein Lesezimmer zu eröffnen. Damit entspricht die Stadtgemeinde der diesbezüglichen Bestimmung des Büchereigesetzes und erfüllt gleichzeitig einen lange gehegten Wunsch der Bevölkerung. Das Lesezimmer soll insbesondere in den Winter an Nachmittagen und Abenden in einem warmen Zimmer ausfallen und nützlich beschäftigen zu können. — Es wäre nur zu begrüßen, wenn andere, größere Gemeinden, die noch kein Lesezimmer besitzen, das Beispiel Turn nachahmten.

Die Aufschriften an Ortstafeln und Gastenstafeln. Der Vorstand des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper hat in seiner Sitzung am 11. November beschlossen, seinen Mitgliedern Folgendes bekanntzugeben: „Nach Artikel 6 der Verordnung vom 25. August 1921, Slg. Nr. 324, haben die Aufschriften an den Ortstafeln in der Staatsprache und im Falle eines diesbezüglichen Gemeindevertretungsbeschlusses auch in einer ande-

ren Sprache zu erfolgen. Nach Artikel 7, Absatz 4, dieser Verordnung haben sich bei Doppel-sprachigen und mehrsprachigen Tafeln die anderen Sprachaufschriften unter den tschechischen Aufschriften zu befinden. Die Gemeinden müssen also vorerst wissen, wie ihr Name in der tschechischen Sprache lautet. Nach Artikel 1 der bezogenen Verordnung hat der Minister des Innern für jede Stadt, Gemeinde, und Ortsgast (Ortschaftsteil) den amtlichen Namen zu bestimmen, den die tschechische Sprache ausgedrückt hat. Die bezügliche Rundmachung des Ministeriums ist bis heute nicht erschienen. Die Gemeinden wissen also derzeit tatsächlich nicht, welchen tschechischen Namen sie führen und sind deshalb noch garricht in der Lage, dem Runderlasse des Ministeriums des Innern vom 9. September 1921, Zahl 68.133—14, (Verordnungsblatt, 3. Jahrgang, Nr. 8, Seite 281) zu entsprechen und die vorgeschriebenen Ortstafeln auszubringen. Was die Bezeichnung der Gassen und Plätze betrifft, so sind die Gemeinden nach dem Gesetze vom 14. April 1920, Slg. Nr. 266, nur verpflichtet, die nach § 7 aufstößigen Bezeichnungen zu entfernen und durch neue zu ersetzen. Dies dürfte aber wohl bereits in allen Gemeinden geschehen sein. Gegenüber sind die Gemeinden durch dieses Gesetz nicht gehalten, alle Gassen und Plätze einer Umbenennung zu unterziehen. Sollte ein behördlicher Auftrag dies anordnen, so wären dagegen die entsprechenden Rechtsmittel einzubringen. Der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper ersucht, ihn von allen derartigen Aufträgen zu verständigen.

Als Erbschneider erbrandmarkt wurde der Zaiger Kommunist Feuerermann. Der den Genossen Kaufmann in einer Verklammerung beschuldigt hatte, nach dem Dezemberstreik gemeinsam mit den Unternehmern schwarze Listen aufgestellt zu haben. Genosse Kaufmann klagte und Feuerermann wurde schon im Mai in einer Gerichtsverhandlung, zu der er nicht erschienen war, zu sechs Tagen Arrest oder 300 Kronen Geldstrafe und zur Bezahlung der Kosten verurteilt. Feuerermann legte gegen das Urteil Berufung ein. Samstag fand neuerlich eine Verhandlung statt. Aber die Jungen, die Feuerermann zur Erbringung des Wahrheitsbeweises aufgefordert hatte, sagten durchwegs „unmöglich Kaufmann aus“. Infolgedessen wurde das erste Urteil — und damit auch das allgemeine Urteil über Feuerermann — bestätigt.

Glas-Loisgold. In dem Loisgold aus Vorkellan stellt sich jetzt auch solches aus Glas. In Böhmen plant man nämlich neuerdings die Herstellung von Kleinloisgold aus Glas. In Betracht käme weiches oder gelbes Milchglas. Die Herstellungskosten würden sehr niedrig sein.

Das Schulfest in Preeburg. Die einzige Mädchenbürgerschule in Preeburg besteht aus acht ungarischen und drei deutschen Klassen. In den ungarischen Klassen sind 310, in den deutschen 111 Schülerinnen. In den acht ungarischen Klassen versehen neun ordentliche Bürgerschullehrer den Unterricht, in den drei deutschen Klassen eine Lehrkraft. Außerdem sind noch sieben Stundengeber in der Schule beschäftigt. Die Lehrkräfte verrichten eine sehr schwere und gewissenhafte Arbeit und die Stadtgemeinde beschloß deshalb, für die ungarischen Klassen eine und für die deutschen Klassen drei Lehrerstellen zu systemisieren. Das Ministerium für die Slowakei aber hat die neuen Stellen nicht genehmigt und den Beschluß der Gemeinde mit der Begründung abgewiesen, daß die neuen Stellen das Budget zu stark belasten würden und

weil die Ungarn ohnehin viele Schulen haben (in der Mädchenbürgerschule wollte man den deutschen Unterricht entwickeln) worunter manche ziemlich überflüssig sind. Dem slowakischen Ministerium erscheint also der Unterricht für die Kinder der Minderheitsnationen ziemlich überflüssig! Diese slowakische Anschauung wird durch die Zustände, die in der Preeburger Mädchenbürgerschule herrschen, bestätigt. Sie hat weder einen Turnsaal noch einen Spielplatz noch einen Hof. Die meisten Zimmer sind dunkel, ununterbrochener Unterricht macht das Lüften beinahe unmöglich — kurzum, moderne Gefängnisse sind besser eingerichtet als diese Schule. Aber für den Minister für die Slowakei ist all dies, die Gesundheit der deutschen und ungarischen Kinder, ihre Erziehung, das Schulwesen der Minderheitsvölker, überhaupt ihre ganze kulturelle Entwicklung — überflüssig.

Ein Revolutionsdenkmal in Stettin. In Stettin wurde am 9. November ein von den organisierten Arbeitern Groß-Stettins gestiftetes prächtiges Denkmal eingeweiht, das den gelegentlich des Rapp-Butschs Gefallenen der Arbeiterklasse gewidmet ist. Die Figur veranschaulicht den aus dem Schlafe erwachenden und der aufgehenden Morgenröte der Freiheit entgegenstehenden Arbeiterproletariat. Um die ganze Anlage nebst den Gräbern der Rapp-Butsch-Opfer ist eine gärtnerische Anlage geplant. In der Nacht zum 9. November hatten es hundenhafte Hände fertig gebracht, das prächtige Denkmal mit roter Farbe zu besudeln. Sicher wieder ein Erfolg der gegenrevolutionären Deje. Die Beschädigung konnte bald wieder beseitigt werden. Der Regierungspräsident hat eine Vernehmung von 3000 Mark auf die Ergreifung der Täter ausgesetzt. Der Weichheit vollzog sich vor einer riesigen Volksmasse aus allen proletarischen Organisationen. Weitere viele Zehntausende umstanden die Denkmalsstätte. Zahllose Banner und Blumenpenden boten den äußeren Schmuck. Die Weiberrede hielt Reichstagsabgeordneter Genosse Bogtzer. Orchestermusik und große Gesangschor versöhnten die sehr würdige Feier, an die sich ein fast endloser Demonstrationenzug durch die Hauptstraßen der Stadt angeschlossen.

Der verbotene und wieder zugelassene Schiller. Die Stadt Andernach a. Rh. gab vor einiger Zeit Notgeldscheine zum Betrage von 25 Pfennige heraus, die als Aufschrift den Spruch aus Schillers „Braut von Messina“ zeigten: „Die fremden Eroberer kommen und gehen, wir gehorchen, aber wir bleiben stehen.“ Die amerikanische Besatzungsbehörde hat diese Scheine verboten, sie aber nach einiger Zeit wieder freigegeben. Wahrscheinlich ist ihr zum Bewußtsein gekommen, daß die erste Zeile nicht gegen den Friedensvertrag verstößt, da doch die besetzenden Mächte nicht ewig am Rhein bleiben wollen, und daß sie schließlich nichts Besseres verlangen kann, als wenn die Bevölkerung von Andernach, wie es in der zweiten Zeile geschieht, schwarz auf weiß ihren Bereitwilligkeit zum Gehorsam erklärt.

Aushebung einer Einbrecherbande. Am 7. November wurden drei junge Männer beobachtet, welche in der Solofstraße in der Wohnung des Direktors der Bürgerschule Anton Knojemsky die Türe erbrochen und von dort Kleider und Wäsche im Werte von über 30.000 Kronen entwendet hatten. Während die Detektive die Wohnung untersuchten, kam zu ihnen der bekannte Einbrecher Jaroslav Friedrich und fragte, ob dort ein Diebstahl vorgefallen wäre. Die Detektive verhafteten ihn sofort. Es wurde konstatiert, daß seine Genossen die bekannten Räuber Josef Sablik und Franz Benda sind, von deren Verhaftung in der Wlaveda und dem Revolverkampfe mit den Detektiven bereits berichtet wurde. Sablik und

eine jede anders, und du hast nichts zu tun, nur darauf zu achten, was sie dir immer sagen wollen. Denn es hat immer Sinn und Bedeutung. Und niemals wiederholst sich ein Laut, wenn du nur dein Ohr genug schärfen kannst, und selbst der Sturmwind, wenn er sich hincinsetzt in den Wald und die Päume müssen mitschwingen und wollen nicht und zittern vor Jörn, selbst der hat immer einen anderen Ton und eine neue Weise.

„Und dann die Regenzeit! Die Tropfen fallen dir den ganzen, ganzen Tag. Das klatsch und klatsch und locht förmlich und schlurft über das Dach und zischt und riesel. Und das ist, als hätten graue Gespenster einen grauen Mantel umgeschlagen und der Wind treibe sie und sie huschten durch den Wald. Und du wiffst es malen, und es geht garnicht. Und du wiffst ordentlich krank und schlüchzig nach einem Blickchen Sonne, und taub wirst du von dem traurigen Lärm und du hörst nichts, nur immer wieder dasselbe, und dein Ewig wiffst und wiffst und will hinaus und bleibt an der Türe stehen und er schaudert über das ganze Fell. Und durch die grauen Strähne blinkt es, macht groke Bogen und springt dir ins Gesicht und zerfliekt: der erste Schnee.

„Ich bin nach Hause. Und mein Bruder und meine Schwägerin, der Josef und die Josefa, haben sich sehr mit mir getraut und mich tun lassen, was ich eben hab' wollen.

„Erst hab' ich mich freilich wieder an Menschen gewöhnen müssen. Natürlich, und ich war ihnen auch fremd. Der Studierte! Und noch dazu, der auf etwas lernt, auf das man sich schon gar keinen Reim nicht weiß. Aber man

hat sich innerlich ern gehalten, und dann versteht man einander bald und ehrlich wieder, und es ist eben gut.

„Aber nirgends ist ein Mähdner so sehr verloren wie im Dorf, wo es außer ihm keinen sonst gibt. Der Tag eine Länge, als zerrte wer an ihm — nicht zum glauben. Und zum Abend geht man ins Kasino und sieht zu, wie die Beamten Karten spielen und sich bewundern, wie gut sie's können, oder auf dem Billard liegen, und trinkt seine paar Glas Bier und vertut seinen Gulden, und ist glücklich, wenn man wieder einmal schlafen gehen darf. „Unzufrieden aber bin ich mit mir nicht gewesen. Ich hab' nichts zusammengebracht, aber schon gar nichts. Aber mir ist vorgekommen, das muß so sein. Und ich warte so innerlich. Das ist nicht anders wie mit einem Fesd, wenn du mitten im Winter daran vorübergehst. Eins sieht aus wie das andere. Aber weil der Boden gut ist, so mußst du glauben, man hat ihn bestellt, und kommt erst die Zeit, so wird es schon aussprechen, und du wirst sehen, was da ganz insgeheim gewachsen und geworden ist, und wozu es taugt und gut ist. Denn einpflanzen, das ist eine sehr dumme Geschichte.

„Es ist ein sehr schönes Frühjahr geworden. An jurid nach Wien hab' ich keinen Augenblick gedacht. Was hab' ich denn da wollen? Aber ich war unruhig und recht sehr ohne Lust zu allem, weil doch jeder gewußt hat, was er mit sich anfangen soll, ohne Wink und ohne Wort, nur ich nicht mit meinem Studium und samt meiner Akademie. Ich bin viel um das Dorf gestrichen, das sich in sein Tal hin-

streckt, als wollt' es sich verstecken, weil es da warm ist. Hat keinen Grund dazu. Es kann sich immer noch lassen. Nicht ein einziges Strohdach ist mehr da, nur Schiefer oder Ziegel, und es geht den Leuten gut. Also ich bin gebummelt. Ein paar Stimmungen waren da; nicht viele, aber doch einige — wer die haben könnte, ganz erwischen, der wär' schon was.

„Und dabei war noch etwas, was mich gequält hat immer mehr und mehr, wie der Tag länger und das Licht dauerhafter und besser geworden ist. Nämlich, die Landschafterei hat mich nicht mehr getraut. Rücklich ich habe sie doch nicht einmal noch gekannt. Sie war mir nicht mehr genug. Und ich habe nicht geglaubt oder das Vertrauen gehabt, ich könnte in ihr das ausdrücken, was ich den Menschen sagen will. Und in der Kunst ist doch das Höchste der Mensch. Denn auf ihn zielt alles. Und nur wer ihn nackt sicher kann, der kann ihn auch in den Kleidern bilden, daß man an ihn glaubt und er dasthet, wie er soll.

„Aber das braucht vieles Studium und großen Fleiß. Und auf der Akademie hab' ich das nicht treiben wollen; warum nicht, hab' ich dir schon gesagt. Und nun hat mich das geärgert, und es war mir ein Verfaßnis, und ich habe durchaus nicht getraut; wie macht man das jetzt gut? Und gar hier? Und das ist und das macht doch schon verdrießlich. „Mit meinem Bruder hätt' ich nicht davon reden können. Der hätt' doch kein Wort davon verstanden. Und hätte mich für verrückt oder voll von sündhaften Gedanken gehalten. Aber — woher ein Model nehmen

da auf dem Dorf und wie die: verstehen lernen, was man eigentlich will von ihr? Man frugt Kopfweh und gänzlich krank. Gedon: a dibi.

„Sie sind ja nicht so still! Wenn es einer mit einer hat, so ist da weiter nichts, und hat er's mit mehreren, dann he: eben Glück, und sie sollen klüger sein und aufpassen; und kriegt ein Mädel ein Kind, so regt man sich weiter nicht auf. Sie sitzst nur brab, so heiratet sie der, oder es nimmt sie schon ein anderer, oder sie geht in die Stadt und hat also ihr Fortkommen. Aber stillsam sind sie durch die Bank. Sehr stillsam. Und dies alles ist er hört und alt; aber was ich hätte begehren müssen, das wäre unerhört und neu, und man hätte sich also betrogen und entsetzt davon. Und in der Stadt war gar nichts für mich zu finden. Denn, was es da gab — du lieber Gott!

„Ohnedies, man hat mich nicht ganz getraut. Ich war schon zu lang fort gewesen. Und mein Bruder war auch nicht zufrieden mit mir. Nur sagen hat er mir nichts können und hat sich's nicht getraut. Denn ich hab' doch von keinem gelebt.

„Wie gefahren aber ich bin und wie ich was möcht', ohne zu wissen was, dies hat ein jeder merken müssen. Und zwischen Josef und Oftern war es ganz besonders schlimm mit mir. Denn da sollen die Acker bestellt sein, und in mir ist eine große Brache gewesen. Und man sieht doch ordentlich, wie alles im Leben drängt und es garnicht mehr erwarten kann, und in mir will sich gar nichts regen.

(Fortsetzung folgt.)

Venda haben, wie sich während der Untersuchung zeigte, mehrere größere Einbruchdiebstähle durchgeföhrt, wobei sie hauptsächlich Gold- und Silbergegenstände, Juwelen und Kleider im Gesamtwerte von 120.000 Kronen entwendeten.

Ein Opfer des sozialen Elends. Die 28jährige Marie Kaleschek aus Unter-Slowenien bei Badweis gebar am 1. November ein Mädchen.

Anträge zum Parteitag.

(Fortsetzung.)

Nr. 12, Antrag der Lokalorganisation Marienbad und Aushowitz zu Punkt 3 „Die parlamentarische Tätigkeit“.

Der Parteitag wolle den Ansb der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten beauftragen, bei den zuständigen Regierungsstellen folgenden Antrag einzubringen:

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Regierung wolle verfügen, daß die dem Stille Tepl gehörigen Badhäuser, Mineralwasserwerkung, Luftpark, Park, Moorlager und Wälder, in den Besitz der Stadtgemeinde Marienbad übergehen, wofür die Stadtgemeinde einen angemessenen niedrigen Betrag zu zahlen hat.

Die Konferenz von Washington.

Die erste Sitzung.

Nach der Eröffnung der Konferenz durch Harding erörterte Staatssekretär Hughes das erste Hauptthema der Konferenz, die Frage der Rüstungseinschränkungen zur See.

Nach der Rede Hughes wurde aus den Führern der Delegationen der fünf Hauptmächte eine Abrüstungskommission gebildet.

Portoroze, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Portoroze sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt.

Portoroze, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Portoroze sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt.

Portoroze, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Portoroze sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt.

Portoroze, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Portoroze sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt.

Portoroze, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Portoroze sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt.

Portoroze, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Portoroze sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt.

Portoroze, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Portoroze sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt.

Portoroze, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Portoroze sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt.

Portoroze, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Portoroze sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt.

Portoroze, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Portoroze sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt.

Portoroze, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Portoroze sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt.

Portoroze, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Portoroze sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt.

Portoroze, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Portoroze sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt.

Portoroze, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Portoroze sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt.

Portoroze, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Portoroze sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt.

Portoroze, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Portoroze sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt.

Portoroze, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Portoroze sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt.

Portoroze, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Portoroze sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt.

Portoroze, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Portoroze sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt.

Portoroze, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Portoroze sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt.

Portoroze, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Portoroze sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt.

Portoroze, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Portoroze sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt.

Portoroze, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Portoroze sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt.

Portoroze, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Portoroze sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt.

Portoroze, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Portoroze sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt.

Portoroze, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Portoroze sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt.

Portoroze, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Portoroze sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt.

Portoroze, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Portoroze sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt.

imperialistische Ziele hinstellte. Darauf vertagte sich die Konferenz bis Dienstag vormittags.

Der Bluff hat gewirkt.

Paris, 14. November. Stephan Lausanne labelt dem „Matin“ aus Washington. Hughes Vorschlag habe einen ungeheuren Eindruck hervorgerufen.

Abichnung des Abrüstungsvorschlages bedeutet Krieg?

London, 14. November. Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News“, Wilson Harris, der sein Blatt auf der Washingtoner Konferenz vertritt, meldet: Die Ablehnung des amerikanischen Abrüstungsvorschlages durch eine der beiden Nationen, an die er gerichtet sei, würde um so sicherer Krieg bedeuten.

Ein Erfolg der Konferenz von Portoroze.

Einigung über die Verwendung des gemeinsamen Fahrparks.

Portoroze, 14. November. Die Verhandlungen der Konferenz von Portoroze sind zu einem für alle beteiligten Staaten bedeutsamen Ergebnis gelangt.

Das Kreditangebot der deutschen Industrie.

Die französische Presse gegen die Bedingungen der Industriellen. — Ein Memorandum für Deutschland?

Berlin, 14. November. Die Abendblätter bringen nach der „East Europe“ einen Artikel aus Paris, die A. S. sei überzeugt, daß die Bedingungen der deutschen Industrie skandalös und mit dem Wortlaut des Friedensvertrages unvereinbar seien.

Berlin, 14. November. Die Abendblätter bringen nach der „East Europe“ einen Artikel aus Paris, die A. S. sei überzeugt, daß die Bedingungen der deutschen Industrie skandalös und mit dem Wortlaut des Friedensvertrages unvereinbar seien.

Berlin, 14. November. Die Abendblätter bringen nach der „East Europe“ einen Artikel aus Paris, die A. S. sei überzeugt, daß die Bedingungen der deutschen Industrie skandalös und mit dem Wortlaut des Friedensvertrages unvereinbar seien.

Berlin, 14. November. Die Abendblätter bringen nach der „East Europe“ einen Artikel aus Paris, die A. S. sei überzeugt, daß die Bedingungen der deutschen Industrie skandalös und mit dem Wortlaut des Friedensvertrages unvereinbar seien.

Berlin, 14. November. Die Abendblätter bringen nach der „East Europe“ einen Artikel aus Paris, die A. S. sei überzeugt, daß die Bedingungen der deutschen Industrie skandalös und mit dem Wortlaut des Friedensvertrages unvereinbar seien.

Berlin, 14. November. Die Abendblätter bringen nach der „East Europe“ einen Artikel aus Paris, die A. S. sei überzeugt, daß die Bedingungen der deutschen Industrie skandalös und mit dem Wortlaut des Friedensvertrages unvereinbar seien.

Berlin, 14. November. Die Abendblätter bringen nach der „East Europe“ einen Artikel aus Paris, die A. S. sei überzeugt, daß die Bedingungen der deutschen Industrie skandalös und mit dem Wortlaut des Friedensvertrages unvereinbar seien.

Berlin, 14. November. Die Abendblätter bringen nach der „East Europe“ einen Artikel aus Paris, die A. S. sei überzeugt, daß die Bedingungen der deutschen Industrie skandalös und mit dem Wortlaut des Friedensvertrages unvereinbar seien.

Berlin, 14. November. Die Abendblätter bringen nach der „East Europe“ einen Artikel aus Paris, die A. S. sei überzeugt, daß die Bedingungen der deutschen Industrie skandalös und mit dem Wortlaut des Friedensvertrages unvereinbar seien.

Berlin, 14. November. Die Abendblätter bringen nach der „East Europe“ einen Artikel aus Paris, die A. S. sei überzeugt, daß die Bedingungen der deutschen Industrie skandalös und mit dem Wortlaut des Friedensvertrages unvereinbar seien.

Betrügerische Volkskommissionäre.

Anlage vor dem Obergericht.

Moskau, 14. November. (Funk.) Ueber Antrag des Volkskommissariates für Volksernährung hat der allrussische Zentralvolkskongress beschlossen, die Volksernährungskommissionäre der Gouvernements Kursk, Orenburg, Orel, Smolensk, Tula und Wlajka wegen mißbräuchlicher Verwaltung der Lebensmittelvorräte vor das Obergericht zu stellen.

Befehung des Burgenlandes.

Unter Jubel der Bevölkerung.

Wien, 13. November. Amlich wird gemeldet: Auf Grund des von der Regierung erhaltenen Auftrages hat das Bundesheer heute abschrittweise die Befignahme des Burgenlandes mit Ausschluß des Abstimmungsgebietes von Ledenburg begonnen, ohne auf Widerstand von Freispartnern oder Banden zu stoßen.

Der Generalfreist in Rom.

Wiederaufnahme der Arbeit.

Rom, 14. November. (Zief.) Heute morgens wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Straßenbahnen, Autotaxi und Fialer verkehren regelmäßig. Alle Blätter, auch die Abendblätter, sind erschienen. Um 6 Uhr früh haben die Eisenbahnen von Rom den Dienst wieder aufgenommen. Die Stadt hat wieder ein normales Aussehen.

Die Grenzen Albanien.

Die Südslawen fühlen sich von der großen Entente verraten.

Belgrad, 12. November. (Zich. V.) Die Entscheidung der Völkervertragskonferenz über die Grenzen Albanien ohne Berücksichtigung der südslawischen Forderungen hat in hiesigen politischen Kreisen großes Versehen hervorgerufen. In der Öffentlichkeit wird dem schmerzlichen Empfinden über diese Geringschätzung des Kriegserprobten, irenen Verbündeten Ausdruck verliehen. Eine besondere Verschärfung der albanischen Frage erblickt man in der von England erhobenen unerwarteten und nach der Sachlage völlig unbegründeten Anklage des südslawischen Königreiches bei der Liga der Nationen auf Grund des Artikels 16. Ebenso erweckt die Nachricht, daß die Reparationskommission sich für die mehrjährige Stundung der bulgarischen Kriegsschuldigung einsetzen werde, einen peinlichen Eindruck, da hierdurch die Erfüllung der Vertragsverpflichtung seitens Bulgariens zum Nachteil des Königreiches SGB. auf unbestimmte Zeit vertagt werde. — Mit Deutschland ist ein Einvernehmen betreffend die Lieferung von 400 Lokomotiven und von 4000 Waggons im Gesamtwert von 1.700.000.000 Mark erzielt worden.

Reichskonferenz der Bergarbeiterverbände.

Am Freitag in Prag.

Tepliz, 14. November. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat.“) Die Sitzung der koalitierten Bergarbeiterverbände vom 14. ds. M. hat sich mit der derzeitigen kritischen Situation im Kohlenbergbau beschäftigt und beschlossen, für Freitag, den 18. ds. M., eine Reichskonferenz der Bergarbeiter, an der die Vertreter aller Reviere der drei Organisations und die Osmänner aller Revierräte teilnehmen, nach Prag einzuberufen. Weiters wurde beschlossen, daß die Vertreter der Verbände schon vor der Reichskonferenz bei der Regierung vorkprechen, um auf die drohende Situation im Bergbau aufmerksam zu machen und den Standpunkt der Regierung zu erfahren.

Kleine Chronik.

Eisenbahnunglück bei Gloggnitz. Gloggnitz, 13. November. Heute um 9 Uhr vormittags ist der Personenzug 101 beim Einfahrtsignal in die Station Gloggnitz in den Güterzug 358 aufgefahren. Sechs Wagen des Güterzuges wurden zertrümmert, wobei ein Kondukteur dieses Zuges getötet und ein zweiter Kondukteur leicht verletzt wurde. Von den Passagieren und dem Personal des Personenzuges wurde niemand verletzt.

Ein Fortschritt der radiotelephonischen Technik. Paris, 13. November. (Gavas.) Der technische Beirat auf der Washingtoner Konferenz Girardot hat bei der Eröffnung des radiotelephonischen Dienstes an Bord des französischen Passatbootes „Paris“ in einer aus einer Entfernung von 1000 Kilometern auf radiotelephonischem Wege an den Unterstaatssekretär für Telegraphen Raiffont Thomas erklärten Meldung teilgenommen, welche prächtige Fortschritte durch die radiotelephonische französische Technik erzielt wurden.

Uebereinkunft der Wiener tschechoslowakischen Gesundheits- und Sanitätskommissionen. Wien, 14. November. Die tschechoslowakische Gesundheitskommission in Wien überreicht heute von ihrem bisherigen Sitz, 13. Bezirk, Penzingerstraße 11, in das Volksoperapalais, 1. Bezirk, Lobkowitzplatz 2. Das Generalkonsulat verbleibt weiterhin im Cumberlandpalais.

Eröffnung eines Penzingerplatz. Wetzlar, 14. November. In der Selbstheilung Penzingerplatz im Keller unterbracht war, eröffnet.

nierstellige Gebäude stürzte in sich zusammen und begrub 4 bis 5 Arbeiter unter seinen Trümmern.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Gesundheitliche Wirkungen des Achtstundentages. Die Versuche, den von der Arbeiterschaft erkämpften Achtstundentag wieder abzuwachen, drohen nicht nur mit erhöhter Ausbeutung, sie laufen zugleich auf ein Attentat gegen die Gesundheit und gegen das Kulturniveau der Arbeiterschaft hinaus.

Widerauf übertragen hat. Die Gemeinden, bei denen dies zutrifft, sind in der Rundmachung des Ministeriums des Innern vom 15. Oktober 1920 angeführt, welche Rundmachung bezüglich Böhmens durch eine neue Rundmachung vom 21. Jänner 1921 abgeändert worden ist.

Erhöhung der deutschen Frachttarife. Die deutschen Frachttarife sollen abermals eine namhafte Erhöhung erfahren, indem ab 1. Dezember 1921 ein neuer Zuschlag von 50 Prozent durch rein rechnerische Erhöhung der Tarife eintreten wird.

Enormer Gewinn der Smidolker Brauerei. Einen ganz enorm hohen Gewinn hat die Smidolker Brauerei für das Jahr 1920-1921 zu verzeichnen. Der Reingewinn beträgt 2,652,337 Kronen und erhöht sich nach Hinzurechnung des Gewinnvortrages vom Vorjahre ver 1.144,313 Kronen auf 3,796,650 Kronen.

Erhöhung der Spirituspreise. Laut der neuen Regierungsverordnung vom 10. d. M. kostet verkohlener raffinierter Spiritus pro Liter beim Verlaufe in Mengen über 25 bis 100 Liter 43 Kr., beim Verlaufe in Mengen über 5 bis 25 Liter 44 Kr. und beim Verlaufe in Mengen von 5 Litern und weniger 45,50 Kr.

Die Erhöhung der Mark. Berlin, 14. November. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) An der heutigen Börse gab der Dollar, der Samstag mit 282 amtlich notiert war, im freien Verkehr zunächst auf 270, dann bis 246 Mark nach.

Der Wert der Krone. Es lösten: 100 holländ. Gulden 3223, 100 Mark 3590, 100 schweiz. Franken 1783, 100 Lire 386, 100 franz. Franken 684 1/2, 1 Pfund Sterling 278, 1 Dollar 95 1/2, 100 belg. Franken 698 1/2, 100 Peso 1312 1/2, 100 Dinar 125 1/2, 100 Lei —, 100 österr. Kronen 1.89, 100 poln. Mark 2.05, 100 ung. Kronen 9.67 1/2 sch. Kronen.

Aus der Partei.

Für die Grasslher Opfer.

Partei Vorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Textils Nr. 5600., Klub der sozialdem. Abgeordneten und Senatoren Nr. 2600., Kreisvereine der sozialdem. Arbeiterpartei, Senator Löw Nr. 200., Abgeordneter Palmé Nr. 200., Senator Köfer Nr. 200., Abgeordneter Hillebrand Nr. 200., Abgeordneter Hoffmüller Nr. 200., Senator Lorenz Nr. 200., Senator Löw Nr. 200., Abgeordneter Palmé Nr. 200., Abgeordneter Pohl Nr. 200., Hilfsarbeiter „Grasli“ Nr. 50., Sekretariat des Verbandes der Kleinbauern und Hausier Nr. 20., zusammen: 12.676.— Kronen.

Kunst und Wissen.

Die Grundlagen des Lamarquismus und Mendelismus. Im Verein sozialistischer Studenten sprach Freitag Abend der Brünner Naturforscher Dozent Dr. S. Nits über den Lamarquismus und Mendelismus und ihre Bedeutung für die Weltanschauung.

Gegenüber dieser mechanistischen Auffassung des Mendelismus betonte der Vortragende, und das ist der besondere Wert seines Vortrages, daß die sich in einem Individuum vereinigenden Elemente keine bloße Summierung darstellen, sondern wie er sich ausdrückte, einen Strom des Lebens zu neuen Formen hin.

wickelung der Menschheit ist also berechtigt. Es ist der sieghafte Glaube an den ewigen Jungbrunnen des Lebens gegenüber dem traurigen, selbstfüchtigen Fortschritt von dem zufällig erlangten unerlösbaren Vorzug des Blutes.

Nachvorstellung im Neuen deutschen Theater. Es war kein gemütlicher Abend, sondern die längste Zeit sehr langweilig. Man hörte zwei Stücke „Leutezene“ und „Der rote Strich“.

Arbeitervorstellung. Aus Anlaß des fünfzigjährigen Bestandes der Arbeitervereinigungen Sonntag nachmittags halb 3 Uhr Nicolai Komische Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“.

Neues Theater. Heute Dienstag „Für und Zimmermann“, Mittwoch „Taubendorn“, Adolf Buchmann-Dresden und Adi Almoslino-Brünn als Gäste.

VII. volkstümliches Sonntagkonzert. 20. November, halb 4. Produktendörfer. Solist: Kammerjäger Franz Seiner. Im Mittelpunkt des Programms steht R. Schumanns Liebeszyklus „Dichterliebe“ nach Texten von E. Deicke.

„Urania“

Praktischer Fortbildungskurs: Frau Prof. Bolla-Dittrich „Einführung in die Philosophie“, sechsstündiger Kurs. Beginn: heute 6 Uhr. Kursrate 15 Kr., für Mitglieder 10 Kronen.

„Ehe und Nachkommenschaft“, poetischer Vortrag: Prof. Großer „Vererbung“ (mit Lichtb.), Mittwoch, 6 Uhr. Einzelparte 5 Kronen, Mitglieder 4 Kronen.

Univ.-Prof. Hannann-Marburg in der „Urania“. Kunst und Kultur der Gegenwart. Ueber dieses Thema spricht am Sonntag, den 19., 7 Uhr, Prof. Hannann, einer der besten Kenner moderner Kunst. 6-4 Kr., Mitglieder Ermäßigung. Urania-Kongress.

Bereinsnachrichten.

Freie Vereinigung sozialistischer Arbeiter. Der Vortrag des Prof. Dr. Naumborn über den Völkerverbund findet erst Mittwoch, den 22. d., statt.

Gerausgeber:

Dr. Ludwig Czech und Karl Cernak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Erste Marke der Welt! Remington Standard-Schreibmaschinen mit vollständig frei sichtbarer Schrift und modernsten Einrichtungen. Neueste Modelle, Vorführungen allerorten kostenlos und unverbindlich.

Selbstschreibende Burroughs-Additionsmaschinen der Firma Burroughs & Comp. Prag, I., Celestna ul. 35. 80 verschiedene Modelle, für jede Branche eigene Systeme. Vorführung und Probefeststellung überall verbindlich und kostenlos. Telefon 6217. 109

Christbaumschmuck für Händler, aus Glas, Schmelz usw., nur Neheiten, direkt vom Erzeugerort, daher billigste Preise.

Lato die beste Milch-Schokolade besorgt den Konsum-Vereinen die G. E. C. Genossen! Leset und verbreitet euer Zentralorgan!

Lesen Sie bitte unseren neuen, illustrierten reichhaltigen Katalog Nr. 536 über kosmetische und hygienische Spezialartikel für Damen.

ECHTER NUSSLIKÖR: MAGENOL. FABRIK FEINSTER LIKÖRE WILHELM LÖW, BRÜNN 121

CAFÉ ELEKTRA PRAG-WEINBERGE, beim Museum, neben dem Deutschen Theater. TREFFPUNKT DER GENOSSEN. Telefon 4854. 124

Drucksorten aller Art, modernst ausgeführt liefert raschest die Druckerei der TRIBUNA A.-G. Prag II., Karlovo nám. 15. Telefon 3090. Voranschläge gratis. Telefon 3090. 147

BERSON GUMMIABSÄTZE BILLIGER ALS LEDER